Schwerpunkt: Faschisten in den USA

H 8040 F
Nummer 38
Januar/Februar 96
3,- Mark

DER RECHTE RAND

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN

Inhalt

Impressum

Verlag: Der Rechte Rand GbR
Postfach 1324 • Rolandstraße 16
30013 Hannover
Tel.: 0511/458 29 04
Postgiro Hannover
Nr. 445586-301 • BLZ 250 100 30
Druck: Werkdruck Hannover
Satz und Layout: R. Simon
Erscheinungsweise: 6x im Jahr
V.i.S.d.P. Klaus Harbart
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder

Eigentumsvorbehalt:

Editorial

Allen LeserInnen des RECHTEN RANDES wünschen wir, daß sie gut ins Jahr 1996 hineingekommen sind. Der Kampf gegen faschistische Tendenzen in unserer Gesellschaft und gegen den organisierten (Neo-)Faschismus wird auch in diesem Jahr nicht leichter werden. Zwar haben im vergangenen Jahr antifaschistische Aktivitäten und staatliche Repression die Strukturen der Neonazis weit in die Defensive gedrängt, andererseits aber gibt es zusehends Bemühungen für eine Bündelung rechtsradikaler Kräfte und für neue Organisationsstrukturen, gerade bei den Neonazis. Darauf gilt es zu achten! DER RECHTE RAND wird weiterhin die Arbeit antifaschistischer Gruppen und Organisationen mit seinen Hintergrundberichten unterstützen, aber wir sind auch auf die Zuarbeit unserer LeserInnen angewiesen. An dieser Stelle sei nochmals all jenen gedankt, die uns Informationsmaterial zugeschickt haben. Auch wenn nicht alles, was bei uns in der Post landet, letztendlich zu einem Artikel verarbeitet wird, so ist doch vieles für die allgemeine Einschätzung von großem Nutzen.

In der Zukunft wollen wir unser Augenmerk mehr als bisher auf die Organisierung türkischer Faschisten in Deutschland legen. Im Vergleich mit ihrem Einfluß spielen deutsche Neonazis eine untergeordnete Rolle. Das kann man nicht nur am Zahlenverhältnis festmachen (welche rechtsradikale deutsche Organisation wäre in der Lage 10.000 TeilnehmerInnen für eine Kundgebung zu mobilisieren?), es sind auch die Gewaltbereitschaft, die finanziellen Möglichkeiten, die Verankerung im Staatsapparat und der Einfluß in Vereinen und in bestimmten Moscheen.

Schwerpunkt dieser Ausgabe ist ein gemeinsamer Text verschiedener antifaschistischer Zeitschriften zu faschistischen Organisationstrukturen in den USA, der in der Mitte des Heftes zu finden ist.

Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe des RECHTEN RANDES ist der 12.Februar 1996.

Den Rechten Rand...
...kann man auch nachbestellen.

Alle bereits erschienenen Ausgaben können zum Originalpreis bezogen werden. Die Ausgaben 1, 15 und 20 gibt es nur als Kopie für je 4,00 DM. Die anderen Ausgaben haben folgende Preise:

Nr. 2 - 16	Mai 1989 - März/April 1992	je 2,00 DM
Nr. 17 - 31	Mai/Juni 1992 - Okt./Nov. 1994	je 2,50 DM
ab Nr. 32	Dez. 1994/Januar 1995	je 3,00 DM

Portokosten bis 7 Stück 3,00 DM, bis 14 Stück 4,00 DM, über 14 Stück 6,00 DM.

DER RECHTE RAND hat einen neuen Telefonanschluß

0511/458 29 04

Persönlich erreichbar sind wir in der Regel Dienstags von 18 bis 21 Uhr

Post an den Rechten Rand bitte ausschließlich mit der Adresse Postfach 1324 in 30013 Hannover versenden. Post an die Verlagsadresse kann uns wesentlich später erreichen!

DER RECHTE RAND im "Thule-Netz"

Benutzer des neonazistischen Computer-Verbundes haben angeregt, die Informationen aus dem RECHTEN RAND datentechnisch nutzbar und somit auch abrufbar zu machen. Bei einer Kommunikation im Juni 95, in der die Zeitung zunächst unter Verlagsadressennennung und Zuhilfenahme von Anzeigentexten vorgestellt worden war, ließ sich vernehmen, daß offenbar Leute gesucht werden, die den RECHTEN RAND beziehen und auch einscannen können.Der Grund liegt klar auf der Hand: Nur wer seine Presse kennt, kann als Betroffener "strafrechtlich" oder eben auch anders "gegen den Abschaum vorgehen."

Andreas Speit

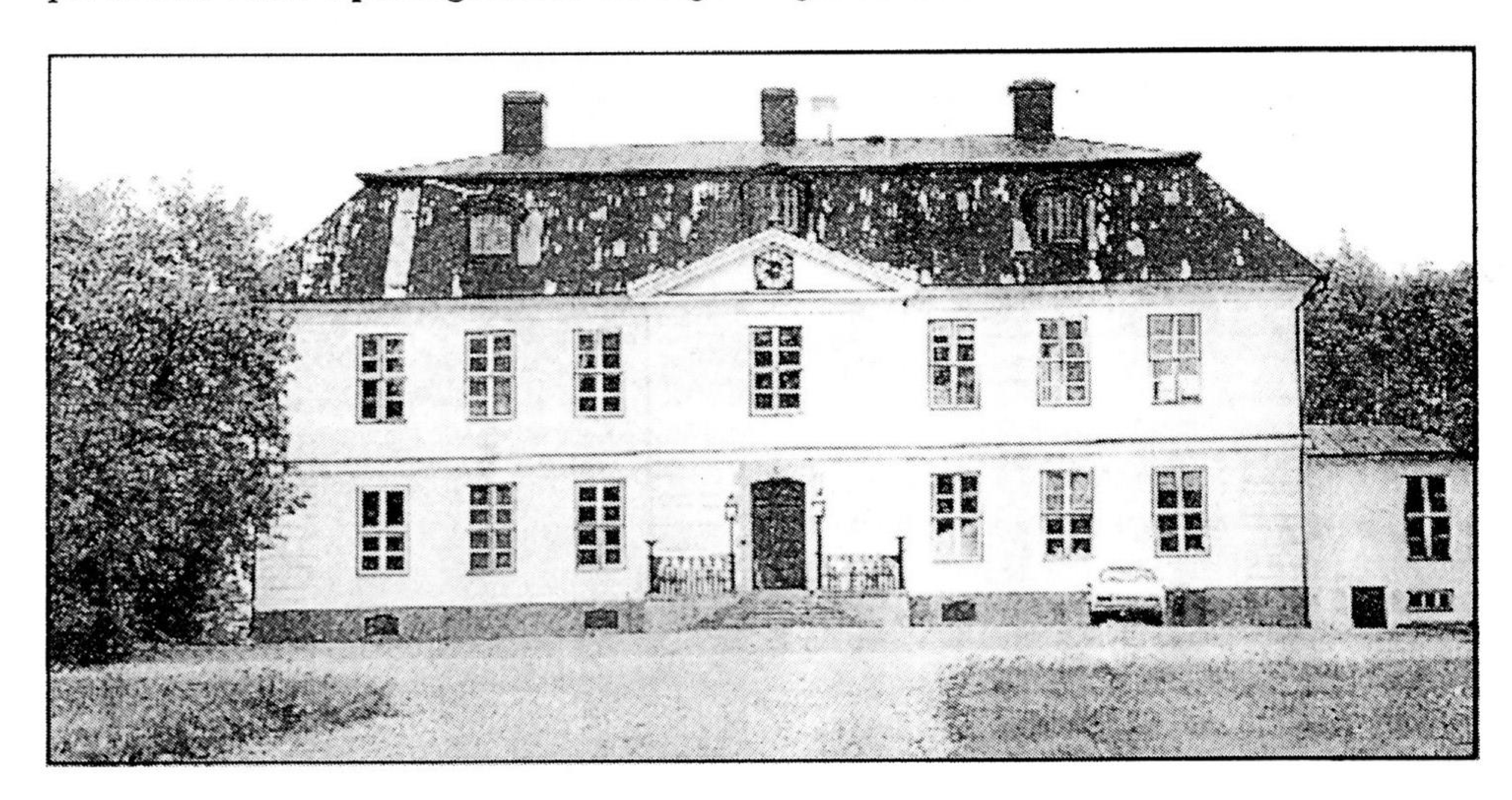
Ganzheitliche Medizin auf Riegers Gut Sveneby

Der neue Herr des schwedischen Gutes Sveneby, Nazi-Anwalt Jürgen Rieger, hat große Pläne. Die 350 Hektar Wald und noch mal soviel Hektar Weideland möchte der Gutsherr biologisch-dynamisch bestellen. Er hofft, laut „Nation und Europa", 18 junge deutsche Familien zu finden, die sich auf dem Gut ansiedeln möchten. Sie sollen dort ein Leben in „wunderschöner, unberührter Landschaft, nach eigener Art, unbeeinflußt durch Umerziehung, Überfremdung, Drogen und Rauschgift, mit eigenem Kindergarten und Schule führen".



Jürgen Rieger

Die wunderschöne unbeeinflußte Atmosphäre und positive Energie des Gutes in Västergötland wollte der Gutsherr auch der Reiki-Lehrerin **Barbara Simonsohn**, der Heilpraktikerin **Ulrike Spielvogel** sowie der Yoga-Lehrerin **Theda Ites**, **Jürger Riegers** ehemaliger Lebensgefährtin, zur Verfügung stellen. Die Hamburger Esoterikerinnen planten über Neujahr und für März 1996 zwei Seminare zur ganzheitlichen Medizin in Riegers „schwedischem Seminarhotel". Nachdem der Name des Hausherren bekannt wurde, war es vorbei mit der positiven Energie und negative Vibrationen kamen auf.



Dabei fing alles ganz positiv an. Im November dieses Jahres warben die Damen für ihre zwei Kursseminare, Yoga und Gewebeentsäuerung, mit Annoncen in diversen regionalen Esoterikpublikationen und Informationsblättern, die in Esoterikzentren wie auch in der Hamburger Volkshochschule auslagen. Auf dem Programm für eine aktive Gesundheitsfürsorge oder zur Regeneration standen Darmreinigung, basenreiche Heilkost, Bauch- und Gewebemassagen sowie Atem- und Bewegungsübungen. Abgerundet werden sollten die Seminare durch mehrere Vorträge, unter anderem über Allergien und Pilzinfektionen. Kosten pro Seminarteilnehmer/in sollten 1700 DM inklusive Unterkunft und Verpflegung, für Kinder 800 DM, Betreuung eingeschlossen, betragen.

Offizieller Träger des Projektes war der „Gesundheitskreis Lernen - Vorbeugen - Heilen e.V.", dem Ulrike Spielvogel vorsteht. Anmelden durfte man sich bei Theda Ites. Die ehemalige Lebensgefährtin Riegers und Mutter zweier seiner vier Kinder, initiierte das Projekt. Doch auch die prominente Hamburger Meisterin des Reiki und Esoterik-Buchautorin Barbara Simonsohn ist mit Rieger persönlich bekannt. Jedoch teile sie nicht seine Auffassungen. Laut Theda Ites wußte auch Ulrike Spielvogel, daß der Tagungsort dem 49-jährigen Rechtsanwalt gehört. Nur die TeilnehmerInnen erfuhren nicht, daß sie mit ihrem Geld Riegers Gut, welches er im April für 2,2 Millionen erworben hatte, mitfinanzieren würden. Allein die Unterhaltungskosten des um 1750 erbauten Herrenhauses mit seinen 18 Zimmern plus weiteren Gebäuden und seinen insgesamt 700 Hektar Land schätzt Riegers Gutsverwalter auf 1-1,5 Millionen Kronen (300.000 DM).

Als die Verflechtungen öffentlich wurden (die taz Hamburg berichtete in Zusammenarbeit mit dem RECHTEN RAND im November darüber), war es vorbei mit der Einigkeit und Harmonie der Esoterikerinnen. Gegenüber dem Hamburger Esoterikheft „Körper, Geist & Seele" behauptete Barbara Simonsohn, erst über einen Flyer erfahren zu haben, daß sie als Seminarleiterin in Schweden arbeiten sollte: „Wir haben überhaupt nichts abgemacht. Es wurde nur locker darüber gesprochen". Sie betonte desweiteren, sie hätte die Idee, dort Seminare zu leiten, sogleich verworfen, nachdem ihr bekannt wurde, „daß Jürgen Rieger einen Wehrmachtspanzer für 5000 DM von Hamburg nach Schweden transportieren ließ und auf dem Gelände damit herumgefahren wurde". Theda Ites erinnert sich gegenüber der Esoterikpublikation anders: „Wir haben das Seminar gemeinsam geplant. Es war auch ihre Idee, eine Kinderbetreuung mit anzubieten und die Seminarzeit auf die Ferien zu legen. Außerdem bat ich Jürgen Rieger, er solle den Panzer wegbringen, damit die Seminarteilnehmer ihn nicht sehen können". Neben diesem Veständigungsproblem macht Theda Ites sich Sorgen, wie sie nun dasteht. Schließlich schicke es sich nicht, wie Barbara Simonsohn es behauptet, jemanden als Seminarleiterin bekanntzugeben, ohne vorher etwas abgemacht zu haben. Theda Ites behauptet das Gegenteil. Doch sie versteht die ganze Aufregung sowieso nicht. Die Landschaft und das Haus eignen sich ihrer Meinung nach „wunderbar für Heilarbeit" und außerdem hätte Jürgen Rieger mit den Kursen nichts zu tun. Ganz davon abgesehen, daß sie fest davon überzeugt ist, daß Rieger sich ausschließlich der biologisch-dynamischen Landwirtschaft widmen möchte, da er seit dem Angriff auf ihn Ende August die „Nase gestrichen voll" habe. Die Vermutungen, daß Rieger in Schweden ein neues Schulungs- und Ausbildungslager für seine Kameraden und Kameradinnen plane, hält sie für Quatsch.

Barbara Simonsohn indes geht auf Distanz. Zum einen hält sie die Energie auf dem Gut für „versaut" und zum anderen lehnt sie Ites Aussagen zu Rieger rigoros ab. Theda Ites hatte dargelegt, daß sie Riegers Äußerungen nur bedingt teile und ihm nur in einigen Punkten Recht gebe. Die Reiki-Meisterin kann nicht verstehen, „wie jemand rassistische Gedanken hat und gleichzeitig Yoga unterrichten" kann. „Das widerspricht sich", meint Barbara Simonsohn. Wie wenig sich das widersprechen muß, wüßte die prominente Reiki-Meisterin, wenn sie einen Blick auf die Historie der ganzheitlichen Medizin, oder auf die Esoterik-Szene der wilhelminischen und Weimarer Zeit geworfen hätte. Sie würde eines Besseren belehrt. Yoga war weder den Deutschgläubigen um **Jakob Wilhelm Hauer** fremd, noch war gesunde Ernährung ein Tabuthema in der völkisch okkulten Szene - die Ariosophen sind ein Beispiel, die Heiden ein anderes. Desweiteren erfährt die Naturheilkunde als auch die gesunde Ernährung eine größere Beachtung im 3.Reich. Rassis-

mus und völkischer Nationalismus waren der damaligen Esoterikszene ebenso wenig fremd, wie Mystik und Okkultismus der völkischen Bewegung. Die Grenzen zwischen Lebensreform-, Gesundheits-, Esoterikspektrum und völkischer, sowie nationalsozialistischer Bewegung waren fließender, als die entsprechenden Spektren wahrhaben möchten. Wie fließend sie unlängst wieder sind, zeigen Stelldicheine von Neoheiden und Neonazis an den Externsteinen im Teutoburger Wald, wie auch das gemeinsame Suchen nach Europas alten Göttern und/oder „indoeuropäischer Religion" von EsoterikerInnen und sich „neu" gebenden Rechten. Daß die Reiki-Meisterin ihre Historie, als auch die aktuellen Tendenzen ausblendet, hat sie mit vielen Esoterikerinnen und Esoterikern gemein. Ihr „Unverständnis" überrascht umso mehr, da seit Jahren Riegers Engagement bei der neoheidnischen "Artgemeinschaft" geläufig ist und er ihr persönlich bekannt ist.

Die dritte im Bunde, Ulrike Spielvogel, ist inzwischen auch abgesprungen. Die Heilpraktikerin möchte, so Theda Ites, nicht, „daß ihr Verein (...) mit Rieger in Verbindung gebracht wird".

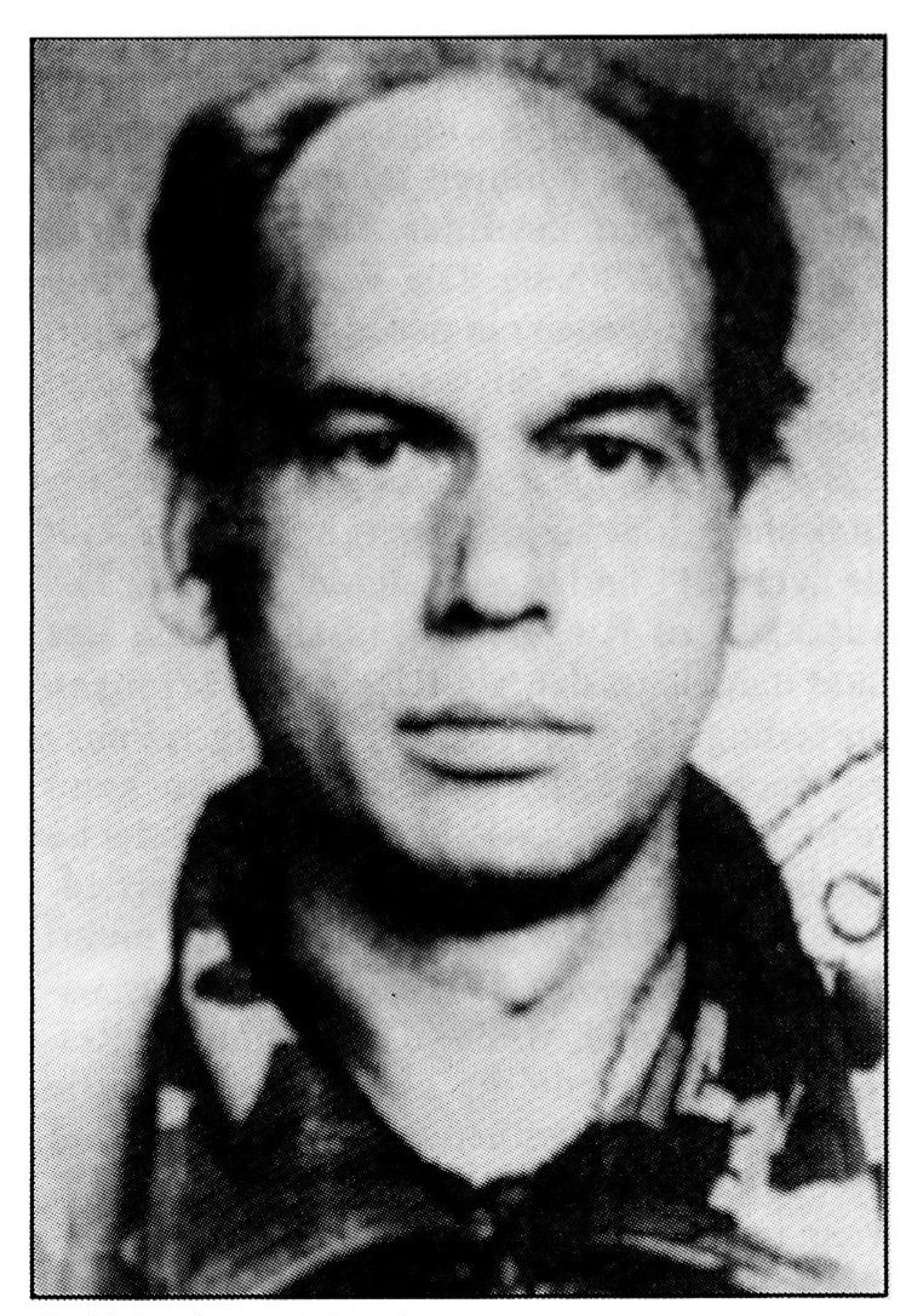
Das Projekt „Yoga und Gewebeentsäuerung" in einem schwedischen Seminarhotel scheint ersteinmal gescheitert. Die negativen Vibrationen sind schuld, wie auch die Tatsache, daß nur eine Anmeldung vorlag. Daß die Distanz zwischen den Damen nicht ganz so groß und die Atmosphäre unter ihnen nicht völlig gestört ist, signalisierte Barbara Simonsohn. Gegenüber „Körper, Geist & Seele" verkündete sie, sie hoffe, daß Rieger und Ites nicht fertiggemacht würden. „Ich wünsche ihnen, daß die heilende Lichtenergie, die ich ihnen schicken will, beide erreichen wird". Bei soviel postiver Energie und Fürsorge darf man auf weitere Projekte gespannt sein.

Sönke Braasch

Kroatiensöldner

Lebenslange Haftstrafen wurden gegen die ehemaligen Kroatien-Söldner Ralf Rüdiger Mrachacz (41) und Falk Simang (31) vom Memminger Landgericht verhängt. Ralf Mrachacz hatte zusammen mit Falk Simang, einem weiteren deutschen Söldner, einen bislang nicht näher identifizierten „Heinz", im Sommer 1993 im bosnischen Kriegsgebiet regelrecht hingerichtet. Anlaß hierfür war die Absicht des bislang nicht näher bekannten Söldners, sich von den bosnisch-muslimischen Truppen anwerben zu lassen.

Die Kroaten hatten es zuvor abgelehnt, „Heinz" in ihre Reihen aufzunehmen. Eine Beteiligung an der Ermordung eines weiteren deutschen Söldners, dem damals 30jährigen **Constantin Bieske**, in der Nähe von Mostar am 20. August 1993 streitet Mrachacz



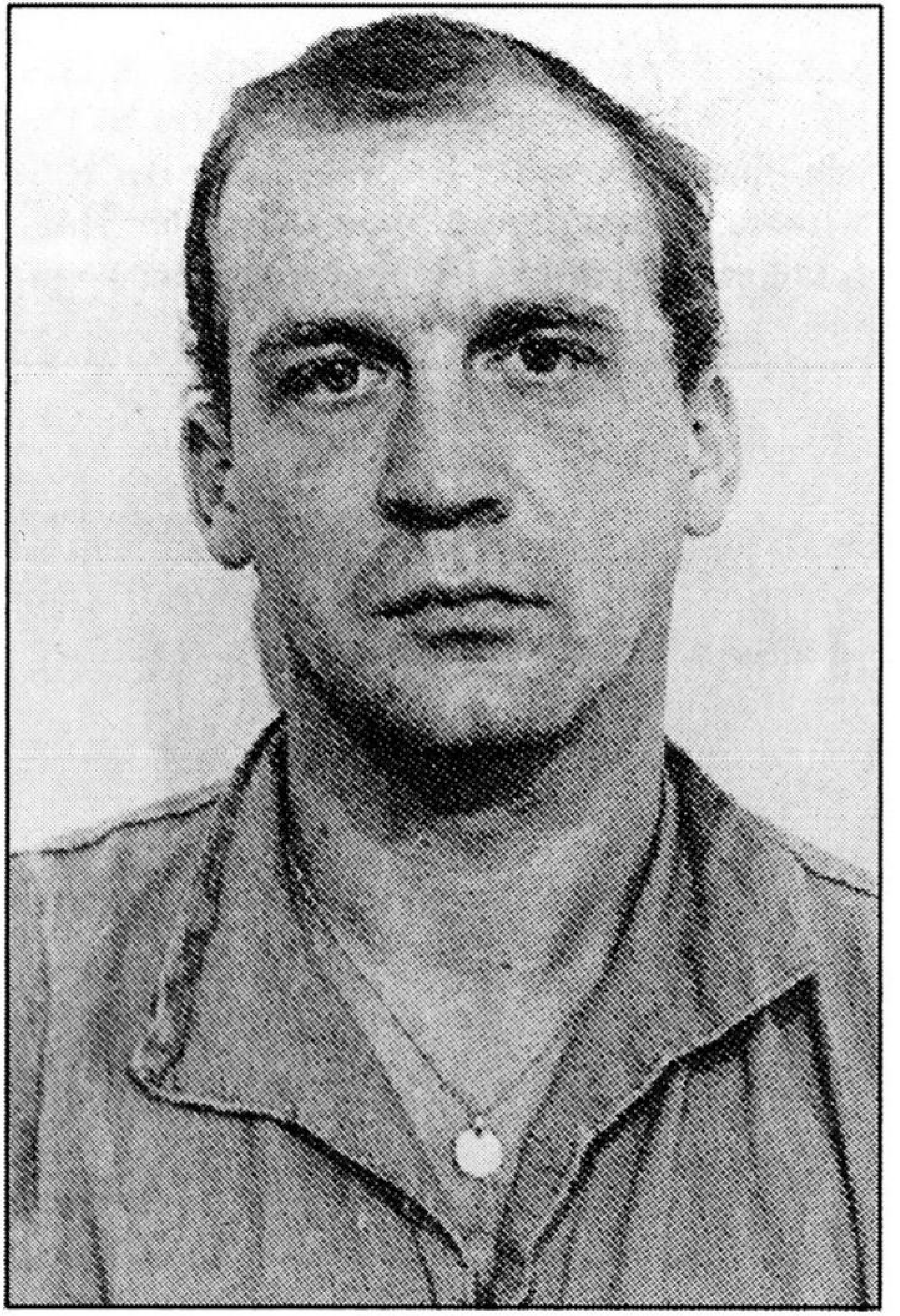
Ralf Rüdiger Mrachacz

ab. Der Dresdner **Falk Simang** machte bislang keine Angaben zu den beiden Morden. **Ralf Rüdiger Mrachacz** aus Breitung (Sachsen-Anhalt) hatte nach eigenen Angaben im Rang eines Hauptmanns in der kroatischen Armee gekämpft. Er beteiligte sich ab 1991 auf kroatischer Seite im bosnischen Bürgerkrieg, Simang kämpfte seit 1993 im ehemaligen Jugoslawien. Der gelernte Maurer Simang hatte im bayerischen Illertissen als Dachdekker gearbeitet, später Job und Wohnung in Neu-Ulm verloren. Sein Versuch, sich der französischen Fremdenlegion anzuschließen, mißlang. Danach heuerte Simang bei Mladen Naletilic, dem General **Tuta** an.

In Wien wird wegen der Ermordung des damals 30jährigen Constantin „Conny" Bieske aus Eberswalde gegen die ehemaligen österreichischen Söldner **Wolfgang Niederreiter** (24) aus dem Salzburger Land und **Harald Stefan Trupp** (24) aus Kärnten verhandelt. Ins Rollen kamen die Ermittlungen als der Dresdner Falk Simang am 21. September 1993 in einer Fernsehsendung erwähnte, daß er „mit Sicherheit einen Menschen in Bosnien-Herzegowina" getötet habe.

Am 28. November wurde der als Zeuge geladene 65jährige Belgier **Roger Spinnewijn** unmittelbar nach seiner Aussage festgenommen, ihm jedoch später die Ausreise erlaubt. Roger Spinnewijn ist Vorsitzender eines rechtsextremistischen Vereins „Freunde Südafrikas". Der Verein bemühe sich, so die „Süddeutsche Zeitung", „Europäer nach Südafrika einzuschleusen, um dort das 'Gleichgewicht' zwischen den Rassen aufrechtzuerhalten".

Die beiden Angeklagten Mrachacz und Simang wollten mit einem niederländischen „Kameraden" über Belgien nach Südafrika ausreisen. Die Fahrt nach Belgien bestritten die Söldner im Pkw. Im Kofferraum Maschinengewehre, Sprengstoff, Munition und Handfeuerwaffen. Falk Simang wurde von den südafrikanischen Behörden in der Nähe von Jo-



Falk Simang

hannesburg verhaftet, nachdem er Wahlurnen geklaut und auf Soldaten geschossen hatte. Er wurde in die Bundesrepublik abgeschoben. Ralf Mrachacz kehrte von Südafrika nach Bosnien zurück. Dort erhoffte er sich die Verleihung der kroatischen Staatsangehörigkeit, was einen Verbleib ermöglicht hätte.

Am 14. März 1994 lieferten sich drei Deutsche in der Nähe von Pretoria ein Feuergefecht mit der südafrikanischen Polizei. Der ehemalige Söldner **Thomas Franz Kunst** aus Itzehoe kam dabei ums Leben, der Hamburger **Stephan Rays** (28) wurde kurz darauf verhaftet. Der 58jährige Anführer **Horst Klenz** wurde zusammen mit dem 20jährigen **Alexander Neidlein** aus Crailsheim auf einer nahe gelegenen Farm verhaftet. Kunst, Rays und Neidlein hatten sich 1993 beim Söldnerdienst in Mostar kennengelernt. Neidlein wurde Ende vergangenen Jahres in Lübeck zu einer Jugendstrafe von zwei Jahren und zehn Monaten verurteilt. Inzwischen wird Neidlein von der neonazistischen „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V." (HNG) betreut. In der November-Ausgabe der „HNG-Nachrichten" taucht Neidlein erstmalig auf der Gefangenenliste in der Rubrik „Briefkontakt wünschen" auf. ◩

Erste Reaktionen auf die "Antifaschistische Offensive"

An dieser Stelle wollen wir erste Reaktionen auf unseren Aufruf zur "Antifaschistischen Offensive" der letzten Ausgabe veröffentlichen. Wir würden uns freuen, wenn auf diese Weise noch möglichst viele Menschen oder Initiativen zu einer Stellungnahme inspiriert werden und so die notwendige Diskussion vorangetrieben werden kann.

Gleichzeitig - und u.a. deshalb haben wir uns den Abdruck von Auszügen vorbehalten - wird allerdings auch noch mit den Zuschriften innerhalb der Redaktion gearbeitet werden, so daß sich weitere Ergebnisse augenscheinlich erst an späterer Stelle und unter Berücksichtigung weiterer Kritiken publizieren lassen. Wir möchten nochmals daran erinnern, daß die angestrebte Veröffentlichung in mehreren bundesdeutschen Zeitungen mit großen Kosten verbunden sein wird und danken hiermit allen, die uns auf die eine oder andere Weise unterstützen!

"(...) Zunächst möchte ich betonen, daß ich einen Aufruf mit dieser Intention für elementar wichtig und beinahe schon überfällig halte, um die öffentliche Positionierung, die der "Appell" 1993 in Frankreich einleitete, nationalstaatenübergreifend, also antifaschistisch im Sinne des Wortes, fortzusetzen (...) Allerdings sehe ich einige, wenn auch im Gesamtkonzept unbedeutende, inhaltliche Schwierigkeiten. Ihr schreibt, daßder Aufruf in verschiedenen BRD-Zeitungen publiziert werden soll, somit nicht nur, und das wäre auch nicht sinnvoll, innerhalb linken Kreisen zur Veröffentlichung bestimmt ist. Problematisch hierbei ist, daß der Begriff "Neue Rechte" im Kopf des Aufrufes zu undeutlich als Eigenpropaganda der "NR" erkennbar wird und daß das "Neue" an der "NR" zwar ihre Form, jedoch in keinster Weise ihr Inhalt ist (...daher) ist es zu überdenken, ob nicht eine deutlichere Äußerung im Kopf des Aufrufes sinnvoller wäre (...)", schreibt ein Leser und gibt anbei noch ein paar Tips zum Layout.

Der AK Antifa aus Konstanz regt unter anderem an, an bestimmten Stellen im Aufruf eine größere sprachliche Deutlichkeit an den Tag zu legen. Es sei wichtig, an bestimmten Stellen des Textes, z.B. im Absatz 3, Beispiele anzuführen ("... etwa Cohn-Bendits Unterzeichnung des Aufrufs für Pressefreiheit auch der JF..."), beziehungsweise angedeutete Beispiele (siehe Absatz 2, "Querfrontstrategie" und AL Berlin) auch auszuführen.

Weiterhin heißt es: *"Radeks Schlageter-Rede wird zwar als "erster Versuch" bezeichnet, über das 2.Beispiel Mühsam hinaus wird aber nicht klar, daß es eine linksnationalistische Tradition in diesem Land gibt. Wir sollten herausarbeiten, daß die beiden Erwähnten durchaus keine Einzelfälle waren, sondern daß etwa die Linie der KPD dem nationalsozialistischen Diskurs nichts entgegenzustellen hatte (1930: Programm zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes) und auch nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mit dem Nationalismus brach. Anzugreifen ist nicht nur eine mangelnde Abgrenzung, sondern inhaltliche Anschlußfähigkeit großer Teile der deutschen Linken gegenüber rechten Inhalten."* Zum letzten Absatz heißt es dort weiter, eine größere Schärfe müsse an den Tag gelegt werden. *"Eine Diskussion mit 'Neuen Rechten' kommt aus genau angebbaren Gründen nicht in Frage, die jedoch zuallerletzt taktischer Natur sind. Oder wäre der Diskurs etwa legitim, wenn sich 'Neurechte' 'von ihrem festen Standpunkt auf die andere Seite zu' bewegten? Solche Gedankenspiele mit der eigenen potentiellen Überzeugungskraft (auch gegenüber dem Publikum) sind von vornherein auszuschließen, auch wenn diese letztlich verneint wird. Was uns gegen FaschistInnen kämpfen läßt, ist nicht ihre Standfestigkeit, sondern der Inhalt ihrer Ideologie."*

Der Journalist Eckart Spoo bejaht den Aufruf, *„wenn er eine entschiedene, kämpferische Haltung fordert oder wenn er davor warnt, eine menschenverachtende Ideologie derart in wissenschaftliche Diskurse einzubeziehen, daß ihr dadurch zu wissenschaftlicher Aura verholfen wird.*

Bei einzelnen Forderungen frage ich mich, wie realistisch sie unter bundesdeutschen Machtverhältnissen sind. Soll ich nicht mehr in der Evangelischen Akademie Loccum auftreten, nachdem sie Karlheinz Weißmann hat referieren lassen? Ich habe auch Schwierigkeiten damit, mich verpflichten zu sollen, mit bestimmten Menschen jedes Gespräch zu vermeiden. Mit welchen Menschen? Wer benennt sie? Ist es nicht doch in der Vergangenheit gerade durch das Gespräch gelegentlich gelungen, Nazis für humanistische, demokratische Alternativen zu gewinnen?

Der Redaktion des „Rechten Randes" gebührt jedenfalls Dank, eine notwendige Diskussion angestoßen zu haben - auch wenn der Text des Aufrufs vielleicht noch mehr Fragen aufwirft als beantwortet."

Felix Krebs

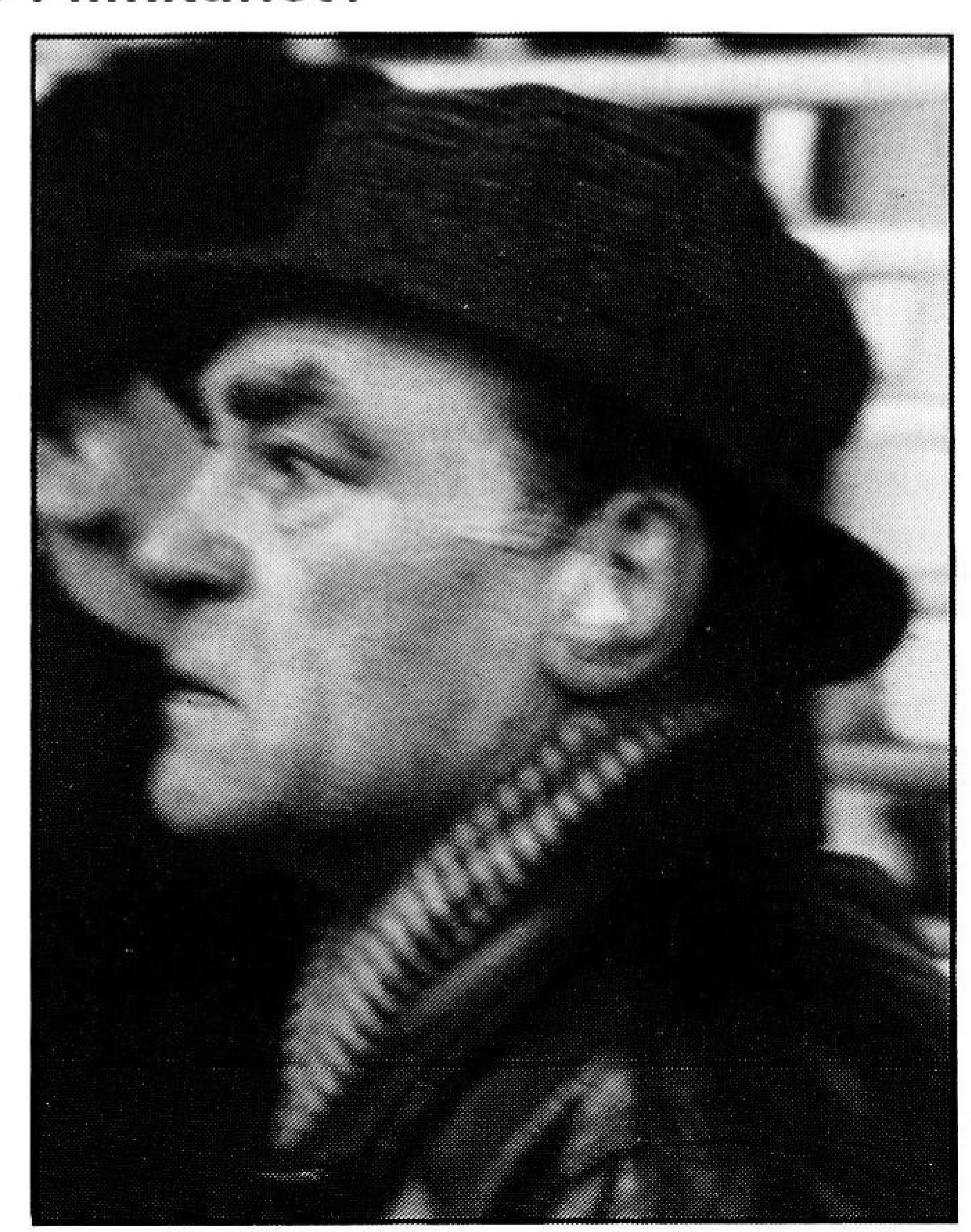
Betrifft: Freunde des Nazifilms

Künftig Heimvideo-Abende beim Freundeskreis Filmkunst?

Trotz abgesagter Veranstaltung der Nazifilmfreunde demonstrierten am Sonntag den 5.11.95 rund 70 AntifaschistInnen gegen die Aufführung faschistischer Filmpropaganda im Hamburger City-Kino. Am Rande der Kundgebung wurde ein älterer Herr zur Rede gestellt, welcher durch penetrantes Fotografieren der KundgebungsteilnehmerInnen auffiel. Nachdem er seinen Film unter Aufsicht der Polizei belichten mußte, stellte sich heraus, daß es sich um **Horst Müller**, den Kassenprüfer des "Freundeskreis Filmkunst", handelte. Auch sonst haben die braunen Kulturfreunde eine Schlappe erlitten. Aufgeschreckt durch Hamburger Medien und die Fachzeitung "Filmecho" kündigte das Kino den Vertrag, und Ufa-Sprecher **Werner Fricke** versicherte, daß der Freundeskreis in Zukunft keine Räume mehr in Ufa-Kinos bekommen würde. Dreist gelogen hatte er jedoch mit der Erklärung, es hätten erst wenige Matineevorstellungen in seinen Kinos stattgefunden. Die älteste vorliegende Einladung für einen Film im Ufa-Palast datiert vom 6.12.1987.

Von der "Friedrich-Wilhelm-Murnau-Stiftung", welche ca.70 Prozent der Filme, die zwischen 1933 und 1945 gedreht wurden, verwaltet, kam ein geharnischter Brief an den "Freundeskreis Filmkunst". Die Nazis hatten vorgegeben, den strengen Kriterienkatalog für die sogenannten Vorbehaltsfilme zu erfüllen. Nun fühlt sich die Stiftung arglistig getäuscht und erwägt, über die Kündigung der Zusammenarbeit hinaus, zivil- und strafrechtliche Schritte.

In Zukunft dürfte es schwierig für die Nazifilmfreunde sein noch ein Kino und Filme zu finden, auch wenn sie schon wieder auf der Suche sind. Allerdings verlautete aus ihren Kreisen, daß es ja inzwischen eh schon fast alles auf Video gebe.



Horst Müller

Ulrich Schneider

Neue Tendenzen im neofaschistischen Parteienspektrum

Wer neofaschistische Organisationen und Publizistik in den letzen Monaten aufmerksam verfolgt hat, kann interessante Tendenzen von Vereinigungsbestrebungen registrieren. Trotz aller Verbote und einschränkenden Maßnahmen gegen die FAP, die NF und verschiedene regionale Gruppen durch die Staatsorgane bleibt das gewaltbereite Spektrum der Neonazis organisationspolitisch aktiv.

Es gelang den noch auf freiem Fuß befindlichen Aktivisten trotz mancher Einschränkungen, die als Unterlaufungsstrategie der Organisationsverbote konzipierte Zellenstruktur aufzubauen. Wie antifaschistische Gruppen am Beispiel der Region „Ostharz“ nachweisen konnten, gehen die Verbindungen quer durch die ehemaligen Gruppen Nationalistische Front, FAP, Sozialrevolutionäre Arbeiterfront, Unabhängige Arbeitskreise - und wie sie ihre Ausweichorganisationen immer genannt haben. Ihre Mobilisierungsfähigkeit wurde am 22.Oktober mit dem Treffen von rund 1000 Skinheads auf dem Grundstück des FAP-Aktivisten **Thorsten Heise** erneut unter Beweis gestellt.

Etwas anders stellt sich die Situation in den neonazistischen Wahlparteien REPs, DVU, Deutsche Liga, NPD u.a. dar. Seitdem sie nicht mehr als Stichwortgeber und Mehrheitsbeschaffer benötigt werden, müssen sie einen deutlichen Einflußrückgang auch auf parlamentarischer Ebene feststellen.

Das „Superwahljahr 1994“ war mehr oder minder ein Desaster für alle kandidierenden neofaschistischen Wahlparteien und Listen. Abgesehen von einzelnen Hochburgen konnten die hochgesteckten Ziele nicht erfüllt werden. Die - in ihrem Sinne - katastrophalen 0,8% für die REPs in der Landtagswahl NRW sind ein deutliches Signal. Die DVU konnte ihre Mandate in der Bremer Bürgerschaft in diesem Jahr nicht verteidigen und schaffte es nur mit größter Kraftanstrengung und dank geringer Wahlbeteiligung, wieder in das Bremerhavener Stadtparlament einzuziehen.

Selbst der Anteil von knapp 3% für die REPs in Berlin können für die Partei, die ja früher bereits im Abgeordnetenhaus vertreten war, kein Grund zur Zufriedenheit sein. Trotz geringer Wahlbeteiligung und Verlusten bei der CDU (minus 3%) konnte kein besseres Ergebnis erzielt werden. Auch in Baden-Württemberg im März 1996 stehen, wenn man den Demoskopen glauben wollte, die Chancen für die REPs denkbar schlecht. Nur noch 2-3% der Wähler wollen für diese Partei votieren. Das wäre ein Verlust von etwa 7% der Stimmen.

Die Ursachen für diesen Einflußrückgang werden in verschiedenen Punkten gesehen. Einmal wurden diese Kräfte doch durch die Massivität und Breite der öffentlichen Debatte um den 8.Mai 1945 überrascht. Es gelang ihnen - trotz zahlloser Materialien (von der Nationalzeitung bis zu den Aufklebern der Nation & Europa) und eigener provokativer Aktivitäten - nicht, die antifaschistische Dominanz bei diesem Thema zu verhindern. Bitter beklagen sich die verschiedenen Organe, von der „Jungen Freiheit“ über „criticon“ bis zu N&E, über den Einfluß der political correctness, die eine neofaschistische Besetzung des 8.Mai ("Tag der Niederlage", "Tag der Schmach", "die Kriegsverbrechen der Alliierten" etc.) verhinderte. Besonders die Haltung der Bundesregierung und anderer führender Repräsentanten des Staates, die aus Gründen außenpolitischer Opportunität nichtfaschistische Interpretationen des 8.Mai 1945 unterstützten, wurde als Ursache für die eigene Einflußlosigkeit gesehen. **Harald Neubauer** beklagt, daß die konservativen Mitunterzeichner der Erklärung „Gegen das Vergessen“ zum 8.Mai sich kurzfristig - dem politischen Druck der Bundesregierung beugend - zurückgezogen hätten. Im Gegensatz zu **Rainer Zitelmann**, der die öffentliche Debatte um diesen Aufruf schon als Erfolg seiner geschichtsrevisionistischen Bemühungen ansehen wollte, haben die Kommentatoren der neofaschistischen Blätter erkannt, daß sie in dieser Auseinandersetzung keinen Fuß auf den Boden bekommen konnten. Und Neubauer beklagt: „Dies ist aber kein Weg, um die politischen Machtverhältnisse in der Bundesrepublik zu erschüttern.“ (N&E 6/95)

Für Bundeswehrgeneral a.D. **Reinhard Uhle-Wettler** bedroht bereits „ein Linksrutsch ungeahnten Ausmaßes ... die Republik. Die 'antifaschistische' Einheitsfront ist auf dem Vormarsch. Ihre Vorposten haben bereits in der Mitte des Parteienspektrums fußgefaßt.“ (N&E 9/95) Auch für den Autor des „criticon“ Prof.Dr.**Gerhard Eiselt** ist dieses Land auf dem Weg „Vom antitotalitären zum 'antifaschistischen' Deutschland“, so der Titel seines Artikels in der Januar/März-Ausgabe 1995.

Als Grund für diese ideologische und die wahlpolitische Schwäche haben nun einige Repräsentaten aus den verschiedensten Parteien die „Zersplitterung der Rechten“ ausgemacht. Allen voran **Franz Schönhuber**, dessen bekannt gewordenen Kontakte mit **Gerhard Frey** (DVU) seinen Karriereweg bei den REPs massiv gebremst haben. Seit kurzem ist er „ständiger Gastkolumnist“ der „Nation & Europa“. Auch Reinhard Uhle-Wettler, der zu den Unterzeichnern des "8.Mai-Aufrufes" gehörte, sieht bereits Deutschland am Abgrund und ruft nach einer einigen und starken Rechten.

Seit der Ausgabe Juli/August 1995 findet man in „Nation & Europa“ zahlreiche Berichte und Kommentare in diesem Sinne. „Allerorts verstärkte sich der Druck, dem rechten Neben- und Gegeneinander ein baldiges Ende zu bereiten“, heißt es in der Nr. 10/95 unter der Überschrift „Eurorechte im Blickpunkt“. „Einig war und ist man sich darin, daß der jetzige Zustand nur dem politischen Gegner nützt. Keine der bestehenden deutschen Rechtsparteien verfügt über eine flächendekkende Organisation; keine ist in der Lage, deutschlandweit mit realistischen Erfolgsaussichten anzutreten.“

Und nun macht auch unter den bundesdeutschen Rechtsradikalen, vor allem in der Redaktion von „Nation & Europa“, ein Modewort aus der Endzeit der DDR die Runde: „Runde Tische der Rechten“, wie Schönhuber sie nannte, „müssen her“.

Am 1.Juni 1995 waren auf Einladung des REP-Landespräsidiums Thüringen Funktionäre und Mitglieder der REPs, DVU, Deutsche Liga, DSU, Aufbruch '94 und NPD zusammengekommen. In einem „Eisenacher Signal“ wurde zur „Überwindung bisheriger Streitigkeiten“ und zur „Sammlung der demokratischen Rechten“ aufgerufen, „damit das Jahr 1995/96 für die deutsche Rechte ein Jahr der Versöhnung, Öffnung und Erneuerung wird!“ Zur 3.Sitzung dieses „Eisenacher Signals“ im September in Elgersburg (Thüringen) fand sich auch Harald Neubauer, Mitherausgeber der N&E, ein.

Am 10.Juni trafen sich in Bergisch-Gladbach 80 Mitglieder und Funktionäre aus dem gleichen Spektrum zum „Runden Tisch“ und verabschiedeten einen „Rheinischen Appell“. In Köln kamen Vertreter der Deutschen Liga und der DVU zusammen, um ein gemeinsames Vorgehen zur Kommunalwahl zu besprechen. Auch hierbei sprach man von „runden Tischen“.

Ein weiteres wichtiges Treffen dieser Art fand am 2.September in Pulheim (NRW) statt. Nach Angaben der Veranstalter sollen rund 150 Vertreter rechter Parteien, unter ihnen Funktionäre und Mitglieder der REPs, Freie Bürger Union, Deutsche Liga, Freiheitliche, Aufbruch '94, Öko-Union, DSU, NPD, Bund Freier Bürger zusammengekommen sein. Anwesend waren auch ausländische Neofaschisten des Vlaams Blok und der niederländischen Centrumsdemokraten. In einer „Pulheimer Erklärung“ formulierte man die Sorge: „ ... der deutschen Rechten droht der Sturz in die dauerhafte Bedeutungslosigkeit.“ Als Alternative forderten die Anwesenden: „Wir brauchen jetzt ein kraftvolles Signal der Versöhnung und Bündelung aller seriösen Kräfte von rechts. Es muß Schluß sein mit dem Gegeneinander eigentlich Gleichgesinnter. Nur wenn die vernünftigen Patrioten zusammenfinden, kann der Zerfall gestoppt werden und eine neue Aufbruchstimmung entstehen.“

Während Neubauer in seinem Vereinigungsträumen noch von den „Opferbereiten und Wagemutigen“ spricht, die gewonnen werden müßten, und mit dem Hinweis auf die „verfemte und verfolgte Rechte“ die Tür zu

Aktivisten der FAP, der NF und ähnlicher Gruppen scheinbar offen hält, lassen Formulierungen in den gemeinsamen Erklärungen, wie „demokratische Rechte" oder „seriöse Kräfte von rechts" zumindest eine indirekte Distanzierung gegenüber militanten Neonazis erkennen.

Augenfällig an all diesen "Erklärungen", "Signalen" und "Appellen" ist jedoch ihre Inhaltslosigkeit. Schon immer sind die Neonazis mit plakativen Losungen ausgekommen, hier übertreffen sie sich jedoch selber. Die Erklärungen reduzieren sich auf die schlichte Angst vor der Zersplitterung und die Hoffnung auf eine gemeinsame „Aufbruchstimmung". Die Frage, an welchen inhaltlichen Themen praktische Politikentwicklung der neofaschistischen Parteien stattfinden soll, wird in keiner Erklärung überhaupt angesprochen. Man gewinnt - wahrscheinlich nicht zu unrecht - den Eindruck, als handele es sich bei manchen dieser Initiativen um den Versuch, aus der eigenen Bedeutungslosigkeit herauszukommen.

Und so ist es nicht überraschend, daß solche Initiativen und Diskussionen im Bundesvorstand der REPs nicht gerade auf große Gegenliebe stoßen. Schon im Vorfeld der Europa-Wahl hatte es Vorschläge und Vorstöße zur Bündelung der Kräfte im neofaschistischen Parteienspektrum gegeben. Damals scheiterten jedoch alle Sondierungsgespräche, nicht zuletzt an der Haltung der REPs. Und auch jetzt fühlt man sich noch als einflußreichste Kraft in diesem Spektrum und möchte andererseits durch eine vorgebliche Distanz zu Parteien wie der DVU und der NPD die REPs für das konservative Spektrum offen halten. **Peter Dehoust**, Herausgeber der N&E, wirft dem Bundesvorstand der REPs deshalb vor, „daß Widerstände gegen eine neue Bündnisstrategie weniger poliisch als versorgungstechnisch begründet sind: Einige Funktionäre fürchten bei erweiterter Formation um ihre Subsidien und vernachlässigen deshalb die Chancen des größeren Ganzen." (N&E 10/95)

Doch die ablehnende Position ist bei den REPs nicht einheitlich. Nicht nur, daß bei allen "Runden Tischen" REP-Funktionsträger anwesend waren, So wurden Versuche, den Thüringischen Landesvorstand, der sich mit der Einladung zum Eisenacher Treffen für eine Öffnung zu den anderen neofaschistischen Organisationen ausgesprochen hatte, durch Parteiordnungsmaßnahmen zurückzupfeifen, vom Bundesvorstand mit deutlicher Mehrheit abgelehnt.

Und möglicherweise hat Harald Neubauer mit seiner Einschätzung recht, daß erst nach den Landtagswahlen vom Frühjahr 1996 die Verantwortlichen an einen Tisch kommen werden. Um bis dahin nicht noch weitere Gräben zu den REPs aufzureißen, verzichtet die Deutsche Liga schon einmal vorsorglich auf eine Kandidatur bei der badenwürttembergischen Landtagswahl, „um die Chancen der Republikaner nicht zu mindern".

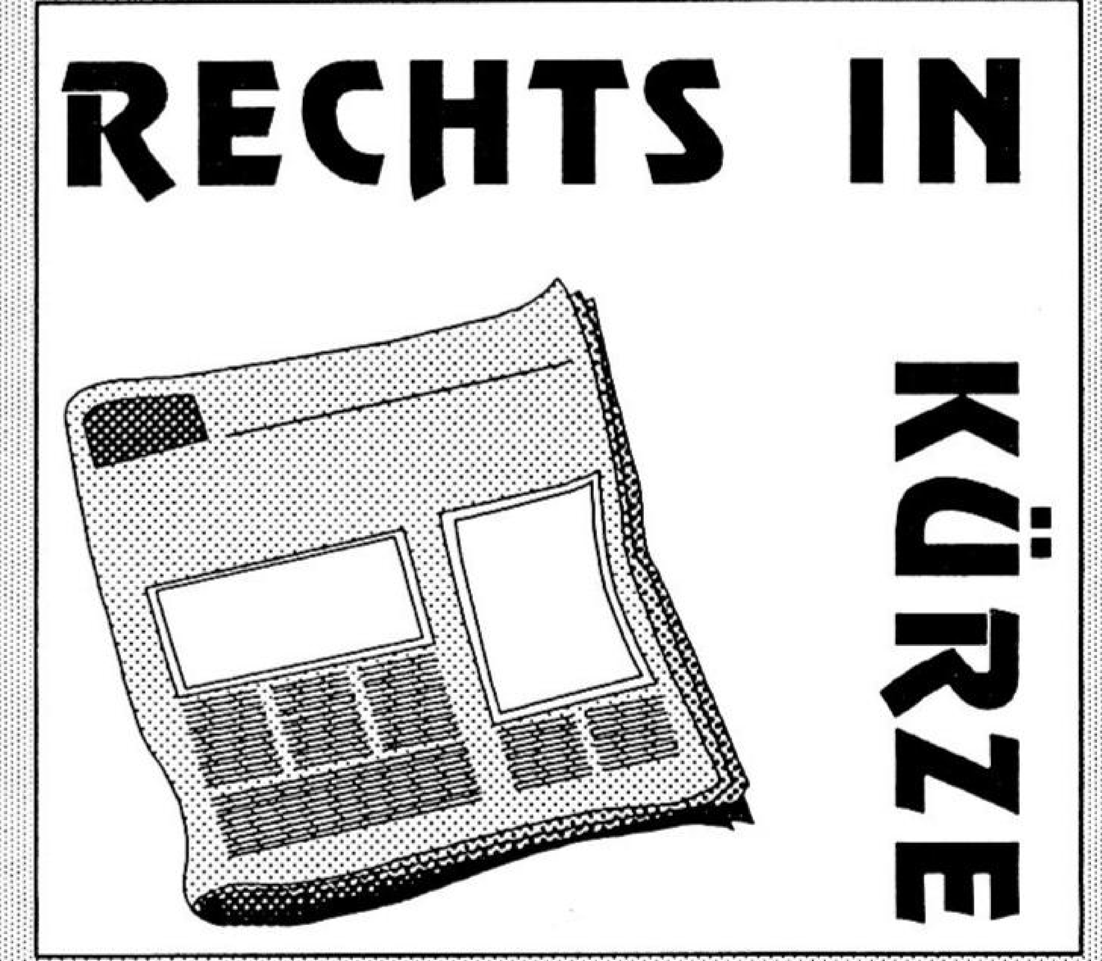
Dr. Ulrich Schneider ist Bundessprecher der VVN-Bund der Antifaschisten und Historiker

Anti-Antifa droht

Bislang Unbekannte verübten in der Nacht vom 24. auf den 25.Dezember 1995 in Hannover einen Brandanschlag auf den PKW des Neonazi-Kaders **Steffen Hupka**, der über die Feiertage bei seinen Eltern zu Besuch war. Das geht aus einem Schreiben eines „Arbeitskreises gegen politische Verfolgung" aus Naumburg hervor. Das Schreiben wurde auf der Straße vor einem Unabhängigen Jugendzentrum gefunden. In diesem heißt es: „(...) Zu allen Zeiten, selbst in den Weltkriegen, selbst in den blutigen Kampfzeiten der Weimarer Republik herrschte in der Weihnachtszeit Waffenstillstand. Das ging sogar bis zum respektvollen und kameradschaftlichen Umgang der Gegner, die sich darauf wieder bis aufs Blut bekriegten. Daß selbst diese Zeit des Friedens der Antifa nicht mehr heilig ist, zeigt uns, das viele dieser Typen wahrscheinlich schon gar nicht mehr wissen, wie Ehre, Anstand und Moral überhaupt geschrieben werden (...). Die Täter stammen mit 99% iger Sicherheit aus Kreisen der autonomen Antifa Hannover. Die führenden Personen sind uns bekannt - mit Namen und Foto. Auch viele Leute des ausführenden Fußvolkes kennen wir. Wir wissen nicht, wann wir die Täter zur Rechenschaft ziehen können, denn der Staat verfolgt seine nützlichen Idioten nicht, doch 2 Dinge wissen wir: Daß unsere Zeit kommen wird und daß wir nichts vergessen!"

Wie solche Bedrohungen umgesetzt werden können, mußten im Herbst letzten Jahres zwei hannoversche Antifaschisten erleben. Nachdem der Antiquitäten- und Militarialaden des aus der Skinheadszene stammenden **Thorsten Schüler** mit Stinkbomben und Farbbeuteln attackiert worden war, wurden die beiden aufgrund von anonym zugesandten Fotos angeklagt. Hannoversche Neonazis, wie z.B. **Uwe Bartling**, nutzen schon seit geraumer Zeit linke Kundgebungen und Demonstrationen, um die TeilnehmerInnen zu fotografieren. Daraus basteln sie sich zusammen, wer „führende Person" und wer „Fußvolk" sein soll.

Steffen Hupka war Anfang der 80er Jahre einer der führenden Köpfe der hannoverschen ANS/NA. Nach deren Verbot und vergeblichen



Bemühungen, in die NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten" aufgenommen zu werden, organisierte er sich in der „Nationalistischen Front" (NF). Heute ist er Führungskader der NF-Nachfolgeorganisation „Sozialrevolutionäre Arbeiterfront" und lebt in Quedlinburg. Von dort aus organisiert er u.a. den „Deutschen Freundeskreis Nordharz", eine gemeinsame Organisation für ex-NF'- und FAP'ler sowie für Angehörige der „Jungen Nationaldemokraten". Der „Sozialrevolutionär" Hupka ist mittlerweile auch unter die Kleinkapitalisten geraten: Seine Firma in Quedlinburg nennt sich „FEBA - Fenster und Türen im Altbau".

"Freie Stimme"

Die „Freie Stimme", sie findet im aktuellen Verfassungsschutzbericht Nordrhein-Westfalen als Publikation der „Sauerländer Aktionsfront" (SAF) Erwähnung, erschallt nun aus Bad Berleburg. Vor kurzem erschien die siebte Ausgabe der „Freien Stimme". Sie wurde erstmalig im September 1994 im Raum Siegen bekannt, so der VS-Bericht des größten Bundeslandes. Als Autoren der „Freien Stimme" gelten Aktivisten der SAF um den 24jährigen **Thomas Kubiak** und den 25jährigen **Georg Wahle**. Zuvor wurde die „Freie Stimme" über das FAP-Postfach von **Peter Rafael Romero Sauer** in Netphen vertrieben. Die Schrift diente im vergangenen Jahr auch als Werbeträger für die inzwischen verbotene „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei" (FAP). Die aktuelle Ausgabe steht unter der Parole „Nationalisten vereinigt euch, mit uns im Kampf gegen unsere wirklichen Feinde!" Die „Rudolf-Hess-Gedenkmärsche" von Schneverdingen und Roskilde werden als „voller Erfolg" gewertet. „Der nationale Widerstand hat mit dieser Aktion bewiesen, daß er sich vom System sein Recht auf Versammlungsfreiheit nicht nehmen läßt und auch weiterhin auf die Straße gehen wird." Zu den Autoren der 32 Seiten starken aktuellen Nummer zählen neben den SAF-Aktivisten auch **Christian Worch**, ehemaliger Chef der verbotenen „Nationalen Liste", und **Frank Hübner**, früherer Bundesvorsitzender der verbotenen „Deutschen Alternative". Geworben wird für zahlreiche andere rechte Blättchen und Skinzines, darunter „Widerstand. Die Zeitung der volkstreuen Deutschen" des ehemaligen Funktionärs der „Nationalistischen Front", **Harald Theodor Mehr** (25) aus Lüdenscheid, und „Umbruch" von **Steffen Hupka** aus Quedlinburg. Die „Sauerländer Aktionsfront" wurde 1991 gegründet. 1992 organisierte die SAF zwei „Anti-Antifa-Demonstrationen" in Meschede im Hochsauerlandkreis. 1993 unterhielt die SAF in Person von Georg Wahle kurzzeitig ein eigenes „Nationales Infotelefon" (NIT), das „NIT Sauerland" in Winterberg. In der Folgezeit firmierte die SAF vorübergehend als „Nationale Jugend". Derzeit wirbt die „Aktionsfront" verstärkt über die verschiedenen braunen „Infotelefone" für ihre Organisation und die „Freie Stimme".

Ulrich Schneider

Neues aus Buchenwald

Die Gedenkstätte Buchenwald bleibt in der Diskussion. Dabei sind es ganz unterschiedliche Themen, die die historische und politische Auseinandersetzung bestimmen. War es im Vorfeld des Jahrestages der Selbstbefreiung am 11.April 1995 die Debatte um die "roten Kapos“ und die Rolle der Kommunisten im KZ, die von Lutz Niedhammer und einem Team von Wissenschaftlern in denunziatorischer Weise bearbeitet wurde, so ist es gegenwärtig die Nachnutzung des KZs als Speziallager der sowjetischen Besatzungsmacht, die die Diskussion bestimmt. Nachdem die Schamfrist des 50.Jahrestages der Befreiung vorbei war, begann man mit den intensiven Arbeiten zum Thema Speziallager, der Kenntlichmachung der Grabstätten der Toten des Internierungslagers durch 880 Stahlstelen, den Planungen und dem Bau eines Dokumentenhauses.

Doch entgegen den Absprachen mit den Häftlingsverbänden wurde das Gebäude des zukünftigen Museums im Lagerbereich errichtet. Außerdem war der Bau einer Brücke vom KZ-Gelände zu den Grabstätten der Internierten geplant, womit ein symbolischer Brückenschlag in totalitarismustheoretischer Manier vollzogen werden sollte. Daß diese Planungen jedoch nicht so umgesetzt werden konnten, wie es die Gedenkstättenleitung gerne gesehen hätte, hat mehrere Gründe.

Der erste war sicherlich die Initiative der Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora, die mit über 1200 Briefen an Politiker, Abgeordnete der verschiedenen Parlamente in Deutschland und Europa, an Wissenschaftler und Personen des öffentlichen Lebens Alarm schlug. Viele der so angesprochenen drückten in Schreiben an die Bundes- und Landesregierung und die Gedenkstätte selber ihre Sorge und Befürchtungen wegen dieser Planungen der Verbindung von KZ und Internierungslager aus. Zwar ist die Zahl der Schreiben, die die Gedenkstätte erreicht haben, nicht bekannt, doch scheint die Reaktion so stark gewesen zu sein, daß auf Initiative des Bundesinnenministeriums **Volkhard Knigge**, der Direktor der Gedenkstätte, eine mehrseitige Erklärung über den Umgang mit dem Thema Speziallager veröffentlichte, die den Absendern der Protestschreiben übermittelt wurde. Als die VVN - Bund der Antifaschisten anläßlich des 9.November eine Mahnwache in Buchenwald gegen diese Pläne durchführte, wurde die Erklärung auch den Besuchern der Gedenkstätte ausgehändigt. Den Lagergemeinschaften und internationalen Verbänden wurde auf Anordnung des Direktors ebenfalls ein Beruhigungsschreiben, daß an eine Gleichsetzung von KZ und Internierungslager natürlich nicht gedacht sei etc., übermittelt.

In seiner Erklärung behauptet Knigge, daß die Planungen auch die Zustimmung der Opferverbände gefunden hätten, wovon nach den vorliegenden Informationen und Berichten über die Beratungen zur Gedenkstättenkonzeption nicht die Rede sein kann. Daß das von der Landesregierung eingesetzte Kuratorium dieser Planung zugestimmt hat, ist nachvollziehbar, sind doch dort die Häftlingsverbände faktisch nicht repräsentiert.

Besonders problematisch sind jedoch Knigges Bewertungen des Internierungslagers selber. Für ihn war dieses Lager nicht Teil der notwendigen Maßnahmen der Alliierten im Rahmen ihrer Entnazifizierungspolitik ab 1945, sondern ein „stalinistisches Lager“, das in „menschenrechtlicher und rechtsstaatlicher Perspektive weder akzeptierbar noch legitimierbar“ sei. Mit einer solchen Beurteilung verläßt Knigge die Grundlage ernsthafter historischer Diskussion und zeigt, daß es ihm um geschichtliche Neubewertung geht.

Peinlich für Knigge wurde nun, daß er diese Erklärung wenig später mit der aufschlußreichen Erkenntnis ergänzen mußte, daß nach den Ergebnissen der historischen Forschung in den Moskauer Archiven nachweislich 80% der in Buchenwald Internierten zivile und andere Funktionsträger der Naziorganisationen, vom Blockwart angefangen über Bürgermeister, Kreisleiter und Ortsbauernführer bis zu Mitgliedern der Gauleitung, waren. Damit ist klar, daß die Zusammensetzung der Internierten fast spiegelbildlich der Internierungspolitik in den Westzonen entsprach. Daß sich unter den restlichen 20% Jugendliche, im juristischen Sinne Nichtschuldige und sogar ehemalige KZ-Häftlinge, die durch die Verkettung widriger, aber aus der Zeit nachvollziehbarer Umstände teilweise aus den KZs kommend wieder in diesem Lager landeten, befanden, ist unbestritten. Dies ändert jedoch nichts an der Einordnung des Speziallagers als Teil der alliierten Entnazifizierungspolitik.

Die Proteste gegen die Planungen für das Dokumentenhaus und die Ergebnisse der historischen Forschung riefen nun auf der anderen Seite die reaktionärsten Vertreter der ehemaligen Internierten auf den Plan. **Gerhard Finn**, der wegen Wehrwolf-Verdacht in Buchenwald interniert und später im innerdeutschen Ministerium für die Betreuung der „Opfer des Stalinismus“ zuständig war, meldete erst einmal ein Gespräch beim Thüringischen Minister für Wissenschaft und Kunst an, um die Umsetzung der Planungen für „Buchenwald II“ zu forcieren.

Ein anderer selbsternannter Sprecher der Internierten, **Manfred Wettstein** vom Verband der Opfer des Stalinismus (OdS) in Thüringen, ging noch einen Schritt weiter. Er erstattete Anzeige gegen Knigge wegen Volksverhetzung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener. Diese Anzeige hat weniger juristische als vielmehr propagandistische Ziele. Sie belegt, daß geschichtsrevisionistische Kräfte nicht bereit sind, historische Tatsachen anzuerkennen, sondern ihren politischen Einfluß gelten machen wollen, die Internierten zu rehabilitieren und zu „Opfern“ zu machen. Diese Anzeige ist ein Versuch, historische Wahrheiten über die Internierten zu unterdrücken und Historiker, die diese Fakten vortragen, zu kriminalisieren.

Wettstein, der in verschiedenen Zeitungsberichten in inhaltlicher Hinsicht in die Nähe zur NPD gerückt wurde, versucht damit, Terrain für die reaktionäre Besetzung des Themas Buchenwald zu sichern. Sein Vorstoß macht einmal mehr deutlich, wie recht die Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora mit ihren Warnungen in der vergangenen Zeit hatte, daß Nazis Buchenwald in ihrem Sinne umwidmen wollen.

Es ist ja bekannt, daß Neofaschisten sich in den vergangenen Jahren Orte des Totengedenkens für ihre Aufmärsche gesucht haben. Genannt seien hier nur der Friedhof in Hameln, wo sich die Gräber von zum Tode verurteilten Kriegsverbrechern befinden, der Friedhof von Wunsiedel mit dem Heß-Grab oder der Soldatenfriedhof in Halbe. Wer kann den ehemaligen Häftlingen, die erleben mußten, wie neonazistische Jugendliche die Gedenkstätte Buchenwald schändeten, garantieren, daß in Buchenwald kein solcher Treffpunkt entsteht?

Die Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora fordert daher, daß eine klare Trennung zum KZ zumindest dadurch erreicht wird, daß der Buchenwaldzaun hinter dem Gedenkhaus verlegt wird. Das sei das Mindeste, was zur Prävention und zur Schadensabwendung getan werden könne.

Die Gedenkstättenleitung muß sich in dieser Situation entscheiden: Gibt sie dem Drängen der Vertreter der Internierten nach, dann erwartet sie nicht nur der internationale und nationale Protest gegen die drohende Gleichsetzung, sondern sie stellt sich auch gegen die von Mitarbeitern der Gedenkstätte selbst erhobenen historischen Fakten.

Folgt sie den historischen Fakten und den besorgten Stimmen aus dem In- und Ausland, dann muß sie sich gegen all diejenigen stellen, die Buchenwald seines eigentlichen historischen Inhalts berauben wollen. Wahrscheinlich wird Knigge, der dem Vernehmen nach auch auf eine akademische Karriere an der Universität Jena hofft, im Sinne seiner Auftraggeber in Bonn und Erfurt eine "moderate Zwischenposition“ versuchen.

Es wird darauf ankommen, daß die antifaschistische Öffentlichkeit die weitere Entwicklung um das Dokumentenhaus und die Aufarbeitung des Speziallagers kritisch begleitet, um Wiederannäherungen an totalitarismustheoretische Positionen zu verhindern.

Dr. Ulrich Schneider ist Bundessprecher der VVN-Bund der Antifaschisten und Historiker



Rundreise mit Jonathan Mozzochi aus den USA im Februar und März 1996

»Nach Oklahoma: Faschismus in den USA«

Der Terroranschlag in Oklahoma City vom 19. April 1995 markiert ein neues Stadium der Entwicklung des Faschismus in den USA. Die rechtsradikale Gefahr droht nicht mehr von dem immer schwächer werdenden Ku-Klux-Klan, sondern von kleinen faschistischen Terrorzellen. Sie sind Teil der Bewegung der sogenannten »Christlichen Patrioten«, die ihrerseits zu der breiten Bewegung der Bürgermilizen (Militias) gehören. Timothy McVeigh und Terry Nichols, die beiden Hauptverdächtigen von Oklahoma, kommen direkt aus diesem Milieu. Die Milizen haben das erreicht, womit der KKK gescheitert ist: Eine Massenbewegung zu schaffen.

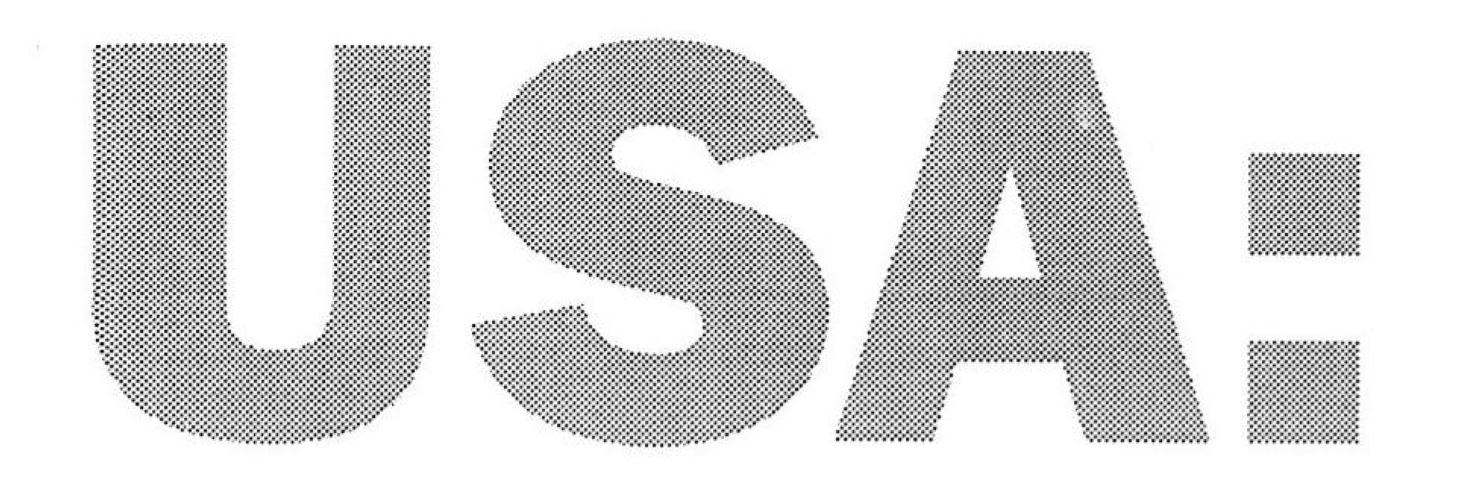
Der Anschlag von Oklahoma war der vorläufige Höhepunkt einer Welle von faschistischen Morden und Mordversuchen. Diese Gewalt richtet sich gegen UmweltschützerInnen, AfroamerikanerInnen, Schwule und Lesben und gegen Abtreibungs-ÄrztInnen. Die radikale Rechte hat der ganzen demokratischen Gesellschaft den Krieg erklärt.

Die Veranstaltungen mit Jonathan Mozzochi bieten deutschen AntifaschistInnen die seltene Gelegenheit, sich aus erster Hand über die Bedingungen und Aktionsformen der Antifa-Bewegung in den USA zu informieren. Er wird die Probleme des antifaschistischen Kampfes in den USA darstellen. Die Antifa-Bewegung in den USA ist, im Gegensatz zur europäischen, mit schwer bewaffneten, extremistischen Lobbies der Waffenbesitzer konfrontiert, mit einem rassistischen, antisemitischen Christlichen Fundamentalismus, der mit der Bibel um sich schlägt und einer rechtsradikalen Massenbewegung unter der Führung der Militias.

Mozocchi wird auch die internationalen Verbindungen der radikalen Rechten thematisieren und ein Bild von der großen Gefahr vermitteln, die von der »Amerikanisierung« eines Teil der europäischen Hardcore-Naziszene ausgeht. Auch der gegenseitige Erfahrungsaustausch soll nicht zu kurz kommen.

Graeme Atkinson, Searchlight Magazine

Die Rundreise des US-Antifaschisten Jonathan Mozzochi organisiert »Searchlight« zusammen mit den deutschen Antifa-Zeitschriften »Antifa-Infoblatt« (Berlin), »ATZE« (Kiel), »Der Rechte Rand« (Hannover), »Antifaschistische NRW-Zeitung« (Wuppertal) und «Rabaz« (Nürnberg). Mozzochi von der »Coalition for Human Dignity« aus Portland (Oregon) wird im Februar und Anfang März 1996 in der BRD unterwegs sein. Portland liegt im äußersten Nordwesten der USA – der Region, in der die US-Faschisten und »christlichen Patrioten« ihre »weiße Republik« errichten wollen.



USA: Nazis, Patrioten und Milizen

In den USA gibt es verschiedene rechtsradikale Organisationen und Strömungen, die einander teilweise bekämpfen, teilweise nebeneinander her existieren, teilweise (und zunehmend) aber auch zusammenarbeiten. Die Liste der verschiedenen Ku-Klux-Klan-, Nazi- und Skinhead-Gruppen ist lang. Es gibt keine eindeutige Führungsperson oder -organisation.

Historisch war der rassistische Geheimbund Ku-Klux-Klan die bedeutendste Strömung (siehe Glossar). In den letzten 30 Jahren haben die verschiedenen KKK-Organisationen aber an Bedeutung verloren. Früher hatte der US-patriotische KKK wenig mit den »deutsch-freundlichen« Neonazis zu tun. Heute gibt es immer mehr Zusammenarbeit und Überschneidungen. Diese Kooperation zeigte sich zum ersten Mal 1979 in dem Ort Greensboro (North Carolina). Dort griff eine Gruppe von KKK-Leuten und Neonazis eine antifaschistische Demonstration an und erschoß fünf Mitglieder der »Communist Workers Party«. Obwohl die Polizei Informanten bei den Rechtsradikalen eingeschleust hatte und mehrere Fernsehkameras den Angriff gefilmt hatten, wurde nie jemand wegen dieser Morde verurteilt. Seither hat sich die Zusammenarbeit verschiedener rechtsradikaler Strömungen (KKK, Neonazis, Skinheads, etc.) kontinuierlich verstärkt.

Viele dieser Gruppen sind schwer bewaffnet. Insofern sind die rechten »Bürgermilizen«, die in den letzten beiden Jahren zu Hunderten im ganzen Land entstanden sind, keine neue Erscheinung. Rechtsgerichtete paramilitärische Verbände haben eine lange Geschichte in den USA. Dazu gehörte schon im 19. Jahrhundert und Anfang des 20. Jahrhunderts der Ku-Klux-Klan mit seinem organisierten Terror vor allem gegen Schwarze in den Südstaaten. In den 1960er Jahren gab es die »Minutemen« (Gründer: Robert DePugh), ein landesweiter Verbund aus antikommunistischen paramilitärischen Gruppen. Die »Minutemen« waren überzeugt davon, daß sich die US-Bundesregierung bereits in der Hand von Kommunisten und Verrätern befand. Spektakuläre Erfolge hatten die »Minutemen« keine.

Ku Klux Klan, Wahington D.C., 1925



»Christliche Patrioten«

Mitte der siebziger Jahre entstand eine neue rechtsradikale, aber nur wenig organisierte Bewegung, die sich »Christian Patriots« nennt (nicht zu verwechseln mit der gleichzeitig entstehenden organisierten christlichen Rechten der Fernsehprediger). Die »christlichen Patrioten« sind gegen die Bundesregierung, Einkommenssteuern, die US-Bundesbank und die »Rassen«-Integration - alles unter Berufung auf die Bibel und die US-Verfassung. Diese lose Strömung besteht aus einer Vielzahl von kleinen Gruppen und Einzelpersonen (mehrere Millionen). Viele »christliche Patrioten« bezeichnen die US-Bundesregierung als »ZOG« (Zionistische Besatzungsregierung). Sie wollen eine Loslösung der nordwestlichen Bundesstaaten, in denen sie eine »weiße Republik« errichten wollen.

Mit zeitweise mehreren zehntausend Aktiven war die wichtigste paramilitärische Organisation aus diesem Spektrum der »Posse Comitatus« (Latein für »Macht des Landkreises«), der in Vielem der heutigen Miliz-Bewegung ähnelt. Oberste Autorität für den »Posse« war der Landkreis-Sheriff, die höheren Instanzen (Einzelstaat und Bundesregierung) waren illegitim und von der US-Verfassung angeblich nicht vorgesehen. Die stärkste Basis hatte der »Posse« in den Farm-Staaten des Mittleren Westens, in denen Anfang der 80er Jahre zehntausende von Familienbetrieben pleite gingen. Die Erklärung des »Posse«: Schuld am Farm-Sterben sind die jüdischen Banker und die von ihnen kontrollierte Bundesregierung. Diese Propaganda fiel einige Jahre auf fruchtbaren Boden. Heute spielt der »Posse« keine Rolle mehr.

»The Order«

Im Umfeld der »Patriots« entstanden Anfang der 1980er Jahre mehrere konspirative Terrorgruppen. Die bekannteste davon

war »The Order«, der »bewaffnete Arm« der Nazi-Organisation »Aryan Nations« (siehe Glossar).

Das Vorbild von »The Order« stammt aus dem Roman »Turner Diaries« von William Pierce. Der ehemalige Physikprofessor und heutige Chef der Nazi-Organisation »National Alliance« schrieb das Buch 1978 unter dem Pseudonym Andrew Macdonald. Das »Turner Tagebuch« schildert im Science-Fiction Stil die Aktionen eines straff organisierten Netzwerks von Terror-Zellen. Deren Mordanschläge gegen AfroamerikanerInnen, JüdInnen, »gemischtrassige« Pärchen und gegen Polizei und andere Regierungsinstitutionen führen schließlich zu einem großen Rassenkrieg in den USA. Auch das Attentat von Oklahoma City scheint aus den »Turner Diaries« kopiert zu sein (siehe Kasten auf Seite IV). Von diesem Buch wurden angeblich bisher über 200.000 Exemplare verkauft, vor allem über den Versandhandel. Auch in Europa kursiert dieser Nazi-Roman.



UnterstützerInnen der Aryan Nations, 1989

Der echte »Order« mit mehreren Dutzend Mitgliedern unter Führung von Robert Mathews verübte Anfang der 1980er Jahre eine lange Serie von Mordanschlägen und Banküberfällen. Mathews war ein Mitglied der »National Alliance« von Pierce und wechselte zu den Aryan Nations. Die Gruppe erbeutete mehrere Millionen Dollar. Ein Teil des Geldes landete bei verschiedenen rechtsradikalen Organisationen, die damit ihre politische Arbeit und ihre paramilitärischen Trainingslager finanzierten. Nach mehreren Schußwechseln mit dem FBI wurde »The Order« 1985 von der Polizei zerschlagen. Mathews wurde bei einem 36stündigen Feuergefecht mit dem FBI erschossen.

Eine andere bewaffnete Gruppe mit engen Verbindungen zu den »Aryan Nations« nannte sich »The Covenant, the Sword and the Arm of the Lord« (etwa: »Der Bund, das Schwert und der Arm des Herrn«). Die Gruppe plante 1983 einen Raketenwerfer-Anschlag auf dasselbe Bürogebäude in Oklahoma City, das 12 Jahre später zerstört wurde. Der Anschlag wurde jedoch nie durchgeführt und die »Covenant«-Gruppe wurde vom FBI zerschlagen. Einer der damals Beteiligten, der »Christian Identity«-Anhänger Richard Snell, wurde im April 1985 wegen zwei Morden an einem (vermeintlich) jüdischen Geschäftsmann und einem schwarzen Polizisten zum Tode verurteilt. Er wurde am 19. April 1995 - dem Tag des Oklahoma-Anschlags - im Nachbarstaat Arkansas hingerichtet.

»Führerloser Widerstand«

Ein weiteres »Covenant«-Mitglied war Louis Beam, ein ehemaliger KKK-Führer, der sich später den »Aryan Nations« anschloß. Beam ist heute einer der wichtigsten Nazi-Figuren in den USA. Er vertritt das Konzept des *»führerlosen Widerstands«*. Sein Aufsatz (Titel: »Leaderless Resistance«) aus dem Jahre 1992 ist inzwischen in verschiedenen rechtsradikalen Zeitschriften erschienen und wird heftig diskutiert. Beams »führerloses« Widerstandsmodell besteht aus einzelnen konspirativen Zellen, die völlig unabhängig voneinander operieren. Sie sind nicht über Führungspersonen, sondern nur über eine gemeinsame Ideologie miteinander verbunden. Beam: *»Auf den ersten Blick sieht diese Art von Organisation gar nicht wie eine Organisation aus«*. Das ganze sei ein *»Kind der Notwendigkeit«*, denn hierarchische Organisationen ließen sich allzu leicht von Spitzeln infiltrieren.

Zitate aus Beams Papier: *»Nach der Strategie des führerlosen Widerstands operieren alle Individuen und Gruppen unabhängig voneinander und fragen nie bei einem zentralen Hauptquartier und Einzel-*

Das Attentat von Oklahoma City

169 Tote und über 500 Verletzte – das ist die grausige Bilanz des Bombenattentats von Oklahoma City am 19. April 1995. In dem völlig zerstörten Bürogebäude waren verschiedene Bundesbehörden (Polizei und Sozialverwaltung) sowie ein Kindergarten untergebracht. Die genauen Hintergründe des Terror-Anschlags sind immer noch ungeklärt.

Bereits zwei Stunden nach der Explosion wurde Timothy McVeigh festgenommen, wenige Tage später auch sein Freund Terry Nichols. Beide sitzen seitdem in Untersuchungshaft. Die beiden stammen aus dem Umfeld der paramilitärischen Bürgermiliz »Michigan Militia«. Weitere Verdächtige mußten mangels Beweisen wieder freigelassen werden. Das Hauptverfahren gegen McVeigh und Nichols soll im Mai 1996 beginnen. Die US-Bundesanwaltschaft will die Todesstrafe beantragen.

Der Anschlag fand auf den Tag genau zwei Jahre nach der polizeilichen Erstürmung des Hauptquartiers einer Psycho-Sekte in Waco (Texas) statt. Dabei kam es zu einem Großfeuer, bei dem 86 Mitglieder der »Branch Davidian«-Sekte ums Leben kamen. Das rücksichtslose Vorgehen von FBI und anderen Polizeikräften gegen die (schwerbewaffnete) Sekte gilt in rechtsradikalen Kreisen seither als Fanal. Die 86 Toten gelten als Märtyrer, die nur ihr »Grundrecht auf Waffenbesitz« verteidigen wollten und deswegen vom FBI in einen »Holocaust« getrieben wurden. Vor dem Oklahoma-Attentat hatte McVeigh verschiedentlich angekündigt, daß die Toten von Waco gerächt werden sollten.



Norman Olson - Chef der »Michigan Militia«

Führer nach Anweisungen. ... Die Teilnehmer in einem Programm des führerlosen Widerstands durch Phantomzellen oder individuelle Aktionen müssen genau wissen, was sie tun und genau, wie sie es tun. ... Allgemein zugängliche Organe der Informations-Verbreitung wie Zeitungen, Flugblätter, Computer, etc. halten jede Person auf dem Laufenden und ermöglichen damit eine geplante Reaktion in vielerlei Variationen. Niemand muß irgend jemand einen Befehl erteilen. ... Dies führt zu sehr kleinen oder sogar Ein-Personen-Zellen.« Vieles spricht dafür, daß auch das Oklahoma-Attentat von einer solchen Klein-Zelle ausgeführt wurde. Dieses Modell der »führerlosen« Zellen wird inzwischen auch von deutschen Neonazi-Organisationen aufgegriffen.

Beam stellte sein Papier im Oktober 1992 auf einem »fraktions-übergreifenden« Treffen von rund 150 rechtsradikalen Kadern in Estes Park (Colorado) vor. Zu diesem Treffen hatte der »Pastor« Pete Peters von der nazistischen »Christian Identity«-Strömung eingeladen. Der unmittelbare Anlaß war die mehrtägige FBI-Belagerung des Aryan-Nations-Anhängers Randy Weaver wenige Wochen zuvor in Idaho. (Weaver wurde wegen unerlaubten Waffenbesitzes gesucht und verschanzte sich in seiner Berghütte. Während der Belagerung kam es zu mehreren Schußwechseln, bei denen ein Polizist, Weavers Frau und sein Sohn getötet wurden. Gleichzeitig versammelten sich hunderte von Rechtsradikalen aus den gesamten USA außerhalb des Belagerungsrings, um ihre Unterstützung für Weaver zu demonstrieren. Weaver ergab sich schließlich.)

Auf dem Estes-Park-Treffen sprach neben Beam und Peters auch Larry Pratt, ein ehemaliger Landtags-Abgeordneter aus Virginia. In den vergangenen zehn Jahren hat Pratt bei verschiedenen rechtskonservativen Organisationen eine wichtige Rolle gespielt. Heute ist er der Chef der »Gun Owners of America«, einer reaktionären Waffenbesitzer-Organisation mit über 100.000 Mitgliedern (siehe Glossar). Die Teilnahme von Pratt, der bisher kein eindeutiger Rechtsradikaler war, bedeutete einen dramatischen politischen Durchbruch für die US-amerikanischen Nazis.

Paramilitärische Bürgermilizen

Auf dem Treffen wurde der Aufbau von »Bürgermilizen« beschlossen. Die Nazi-Organisationen sehen die bewaffneten paramilitärischen Verbände als ideales Rekrutierungsfeld. Die versammelten Kader schritten zur Tat. So gründete das langjährige Aryan-Nations-Mitglied John Trochmann die »Militia of Montana«, die heute als eine der am besten organisierten Milizen in den USA gilt.

Zwar gibt es schon lange rechtsradikale paramilitärische Verbände in den USA, aber zu einer regelrechten Massenbewegung wurden die Bürgermilizen erst in den vergangenen zwei bis drei Jahren. Diese Gruppen sind meist auf Landkreis- (County-) oder Bundesstaats-Ebene organisiert. Sie nennen sich »Michigan Militia«, »Militia of Montana«, »Arizona Patriots«, »Texas Light Infantery«, »Constitutional Defense Militia« (New Hampshire) oder »Citizens for the Reinstatement of Constitutional Government« (North Carolina). Ihre Stärke bewegt sich von wenigen Dutzend bis mehreren tausend Aktiven; landesweit wird ihre Mitgliederzahl inzwischen auf einige Zehntausend geschätzt (nach eigenen Angaben sogar 200-300.000). In fast allen US-Bundesstaaten gibt es inzwischen derartige Milizen. Der Schwerpunkt liegt im Mittleren Westen und in den Rocky-Mountains-Staaten.

Über ausformulierte politische Programme verfügen die Milizen nicht. In der Öffentlichkeit betonen sie vor allem ihre Opposition gegen »gun control«, also gegen alle Versuche, den Privatbesitz an Schußwaffen zu regulieren. Dazu kommt meist eine gehörige Portion Ver-

The Turner Diaries - Auszug (S. 38-42):

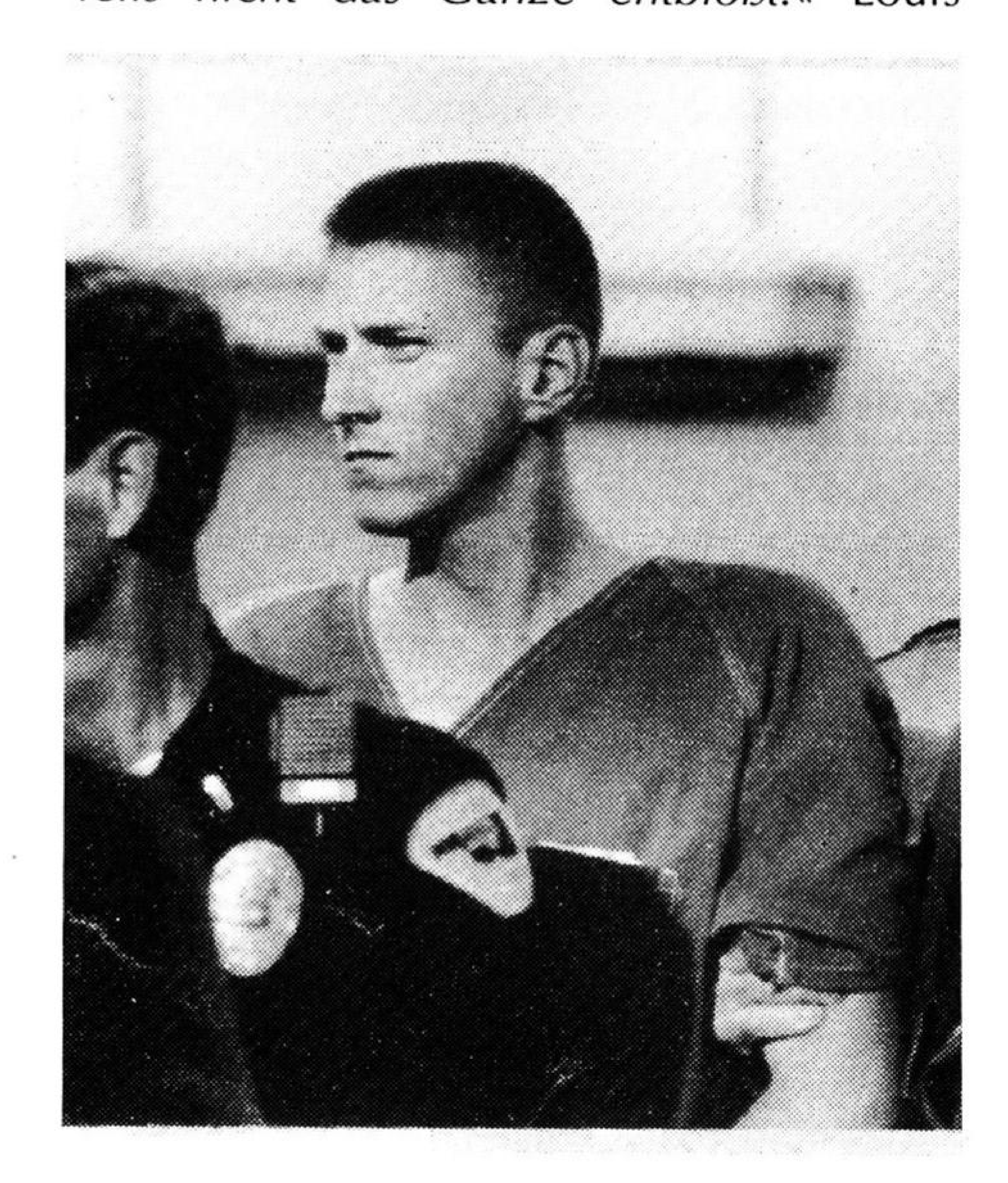
Gestern früh um 9.15 Uhr ging unsere Bombe in der nationalen FBI-Zentrale hoch. Unsere Sorge wegen der relativ kleinen Sprengladung war unberechtigt; der Schaden ist riesig. Wir haben sicherlich einen großen Teil der FBI-Operationen für mindestens die nächsten paar Wochen unterbrochen.

Mein Tagewerk begann gestern kurz vor 5 Uhr morgens, als ich Ed Sanders in der Garage von Einheit 8 half, Heizöl mit dem Ammoniumnitrat-Dünger zu mischen (die gleiche Mischung wurde auch in Oklahoma City verwendet, Anm. d. Ü.). Währenddessen stahlen George und Henry einen Lastwagen. Da wir nur zweieinhalb Tonnen Sprengstoff hatten, brauchten wir keinen großen LKW. Deswegen beschlossen wir, den kleinen Lieferwagen einer Schreibwarenfirma zu klauen. Als der Fahrer - ein Neger - die Hintertür des Wagens öffnete und hineinkletterte, sprang ihm Henry hinterher und beseitigte ihn schnell und lautlos mit seinem Messer.

Nach jüngsten Schätzungen wurden etwa 700 Personen durch die Explosion getötet oder starben danach in den Trümmern. Es wird zwei Wochen dauern, bis die ganzen Trümmer beseitigt sind. Es gibt keinen Weg, in dem wir das System zerstören können, ohne viele tausend unschuldiger Leute zu schädigen. Es ist ein Krebs, der zu tief in unserem Fleisch sitzt. Wenn wir das System nicht zerstören, bevor es uns zerstört, wenn wir diesen Krebs nicht aus unserem Fleisch herausschneiden, dann wird unsere ganze Rasse sterben. Die Korrumpierung unseres Volkes durch die jüdisch-liberale-demokratische-egalitäre Pest zeigt sich in unserer Weichsinnigkeit, unserem Unwillen, die harte Realität des Lebens zu erkennen.

schwörungstheorie: Angeblich bereitet Washington eine totale Diktatur vor, in Verbindung mit den Vereinten Nationen. Die »New World Order« und »Big Government« sind die Feindbilder, die US-Bundesregierung ist der konkrete Gegner. Vorbedingung für eine Diktatur sei freilich die Entwaffnung der US-Bürger - angeblich der Hintergedanke bei allen »gun control«-Gesetzesvorhaben.

Auch manche Milizen propagieren das Konzept des »führerlosen Widerstands«. So betont das Handbuch der »Wisconsin Free Militia«, das unter den verschiedenen Miliz-Gruppen zirkuliert, die »*dezentralisierte Taktik und Aktion*«. Einerseits müsse es »*Gehorsam gegenüber einem höheren Kommando geben*«, andererseits »*sollte die konkrete Taktik den einzelnen Teilen überlassen bleiben, damit die Enttarnung eines Teils nicht das Ganze entblößt.*« Louis



Oklahoma: Tatverdächtiger Timothy McVeigh

Beam würde es wohl nicht sehr viel anders formulieren. Auch die Informations-Strukturen der Milizen entspricht Beams Konzept. Es gibt keine zentrale Führung, kein zentrales Büro und keine zentrale Zeitschrift. Stattdessen kommunizieren die Milizionäre landesweit mit hochmodernen dezentralen Medien: Internet, Fax-Netzwerke, Kurzwellen-Radios, etc.

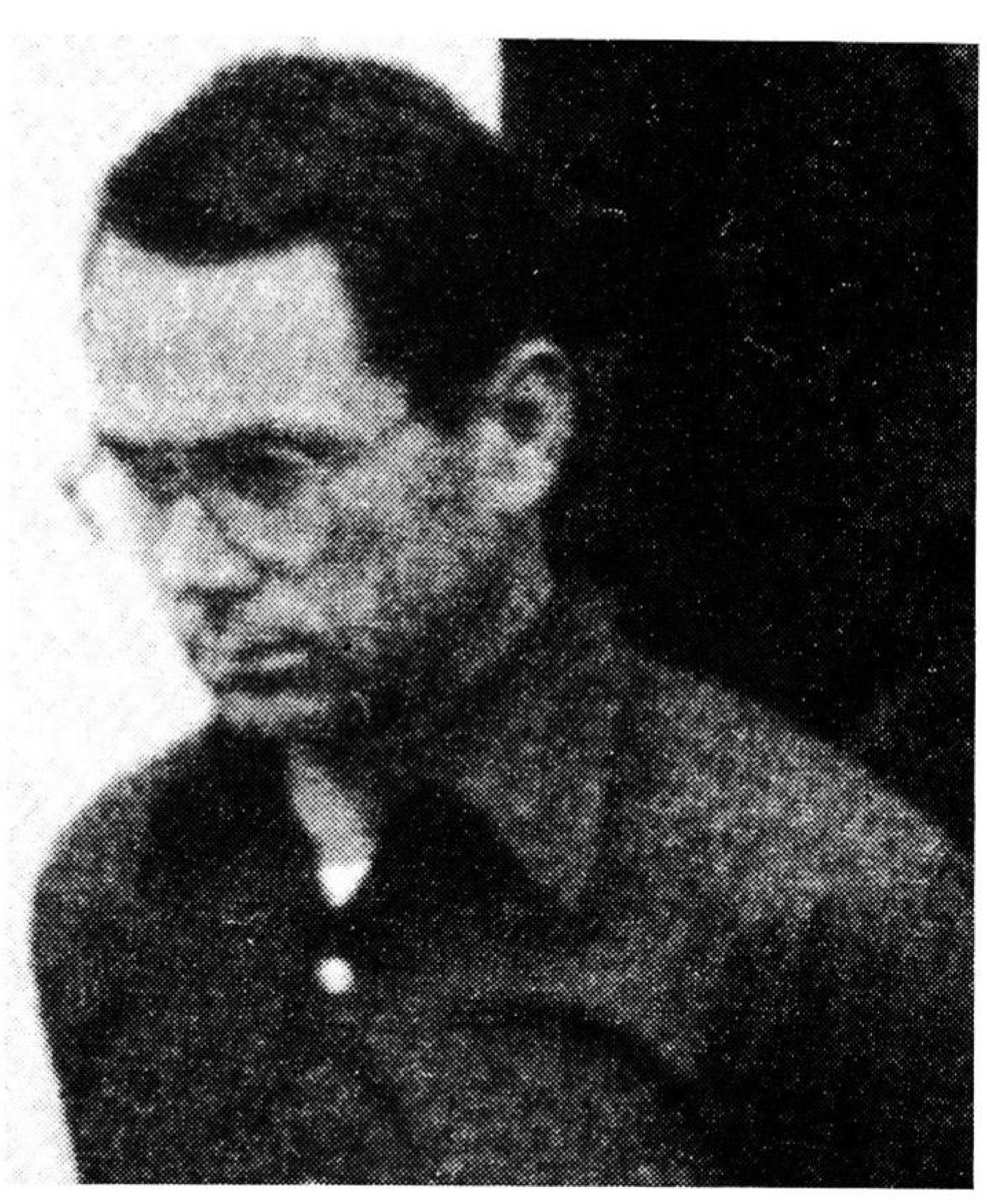
Das politische Umfeld: Rechtspopulismus

Die politischen Inhalte der Miliz-Bewegung sind eingebettet in den gegenwärtigen rechtspopulistischen Trend in der US-Gesellschaft. Gegen »Big Government«, gegen (zu hohe) Einkommenssteuern, gegen die Zentralregierung und für erweiterte Befugnisse der Einzelstaaten, gegen »gun control«, gegen Einschnitte in das »Recht auf Privateigentum« zugunsten des Umweltschutzes - für dieses Programm steht auch die republikanische Mehrheit im US-Kongreß. Eine Handvoll republikanischer Abgeordneter macht sich unverhohlen zum Sprachrohr der Milizen.

Auch die unterschwelligen Ressentiments, die die Milizen antreiben (obwohl sie dort nur selten öffentlich propagiert werden), werden von den Rechtspopulisten im Kongreß bedient: Gegen Schwarze und ImmigrantInnen, gegen Feminismus, etc.

Am krassesten ist der Anti-Washington-Populismus in den ländlichen Regionen im Mittleren Westen und Nordwesten der USA ausgeprägt. Dort verweigern zehntausende die Bundessteuern, benutzen keine Führerscheine (Personalausweise gibt es in den USA sowieso keine), etc. Die meisten davon sind relativ harmlose Spinner, die nur von den Behörden in Ruhe gelassen werden wollen - und in den äußerst dünn besiedelten Landstrichen auch oft in Ruhe gelassen werden. Allerdings bieten sie ein ideales Potential für Rekrutierungsversuche von Rechtsradikalen.

Insgesamt gesehen handelt es sich bei der Miliz-Bewegung jedoch nicht um ewiggestrige Waffennarren - auch wenn die bürgerlichen Medien gerne dieses Bild vorgeben. Die Bewegung ist hochmodern. Sie ist in allen Landesteilen aktiv und hat »Stützpunkte« in vielen wichtigen Institutionen, einschließlich des US-Kongresses.



Oklahoma: Tatverdächtiger Terry Nichols

Mit den Bürgermilizen ist es der radikalen Rechten in den USA zum ersten Mal seit der Blütezeit des Ku-Klux-Klans in den 1920er Jahren wieder gelungen, eine bewaffnete Massenbewegung aufzubauen. In den vergangenen Jahren ist das politische Klima in den USA bereits weit nach rechts gerückt. Die Existenz von schwerbewaffneten rechtsradikalen Verbänden ist eine große Bedrohung für die demokratischen Freiheiten in den USA. ■

Aryan Nations

Die seit über 20 Jahren bestehende Aryan Nations (Arische Nationen) ist heute die wohl wichtigste nazistische Organisation in den USA. Sie ist der »politische Arm« der sogenannten »Church of Jesus Christ Christian« mit Hauptquartier in Hayden Lake (Idaho). Ihr Ziel ist eine »weiße Republik« im Nordwesten der USA. Führungspersonen: Der inzwischen verstorbene Robert Miles, der inzwischen todkranke Richard Butler, sowie der (leider immer noch recht lebendige) ehemalige KKK-Aktivist Louis Beam. Die Aryan Nations haben enge Verbindungen zur »Militia of Montana« (vermutlich auch zu anderen Milizen), zur NSDAP/AO und zu rechtsradikalen Skinheads. Die AN veranstalten jährliche Feiern zum Hitler-Geburtstag und einen regelmäßigen »World Aryan Congress«. Nachdem die Organisation lange Zeit auf den US-Nordwesten konzentriert war, sind in den vergangenen beiden Jahren auch in anderen Regionen der USA Ableger entstanden.

Christian Coalition

Die »Christian Coalition« ist die mitgliederstärkste Organisation der »Religiösen Rechten« in den USA, mit (nach eigenen Angaben) über zwei Millionen Mitgliedern. Führungspersonen: Ralph Reed und der Fernsehprediger Pat Robertson. Robertsons internationales TV-Netzwerk »Christian Broadcasting Network« hat Jahreseinnahmen von rund 150 Millionen Dollar. Die CC unterwandert systematisch die republikanische Partei und kontrolliert bereits über ein Dutzend Landesverbände der Partei. Die Organisation vertritt nicht nur die traditionellen fundamentalistischen Ziele (Verbot der Abtreibung, Einführung des Schulgebets, etc.) sondern auch detaillierte Positionen in der Sozial- und Steuerpolitik. Robertson vertritt zwar unterschwellig antisemitische Verschwörungstheorien, ist aber kein »richtiger« Faschist.

Christian Identity

Die »christliche Identität« bietet eine wichtige ideologische Klammer für verschiedene rechtsradikale Strömungen. Zu dieser Lehre gehört, daß die Weißen in Nordamerika und Nordwest-Europa das eigentliche »auserwählte Volk« der Bibel seien, Schwarze und andere Nicht-Weiße eine »prä-adamische« (also vor-menschliche) Gattung seien, und JüdInnen von Satan abstammen. Keine zentrale Organisation, sondern eine Vielzahl von (nur teilweise miteinander verbundenen) Kirchengemeinden und Gruppen. Wichtigste Führungsperson: »Pastor« Pete Peters. Zeitschrift: »Jubilee«. Wichtig: Die offen biologistisch-nazistische »Christian Identity« hat nichts mit der christlichen Rechten (»Christian Coalition«, »Lebensschützer«, Fernsehprediger, etc.) zu tun.

Die Amerikanisierung der europäischen Nazi-Bewegung

Schon lange gibt es Verbindungen zwischen Rechtsradikalen in Europa und in den USA. Seit dem Zweiten Weltkrieg gibt es einen engen Austausch zwischen den verschiedensten Strömungen - nicht zuletzt zwischen den organisierten Auschwitz-Leugnern - auf beiden Seiten des Atlantiks. Einige Beispiele:

Die Rolle des Deutsch-Kanadiers Ernst Zündel (Toronto) wurde in der antifaschistischen Presse vielfach dokumentiert. Zündel hat jahrelang Bela Ewald Althans (München) gefördert und ihm ein Monatshonorar von 2.500 Mark gezahlt. Vor kurzem wurde Hans Schmidt in Schwerin verhaftet. Schmidt führt den GANPAC (German-American National Political Action Committee), das Verbindungen mit Zündel, mit den Aryan Nations in Idaho und mit der Liberty Lobby von Willis Carto hat. An den jährlichen Tagungen des berüchtigten »Institute for Historical Review« nehmen regelmäßig zahlreiche deutsche und europäische Auschwitz-Leugner teil (siehe Glossar).

Auch verschiedene Gruppen des Ku-Klux-Klans haben Kontakte nach Europa. Die KKK-Führer Bill Wilkinson, David Duke, James K. Warner, James W. Farrands und Dennis Mahon haben alle Europa besucht - zum Teil auch in Konkurrenz zueinander. Allerdings sind sie hier alle nur auf relativ wenig Resonanz gestoßen. Europäische Faschisten lassen sich nun mal kaum von einer Geheimorganisation begeistern, deren Mitglieder in weißen Bettlaken herumlaufen.

Aber auch andere Kräfte haben Kontakte nach Europa. Dazu gehören Gary Lauck von der NSDAP/AO (siehe Glossar) und die heidnisch-nazistische »Church of the Creator« (Kirche des Schöpfers). Die COTC wurde von dem inzwischen gestorbenen US-Millionär Ben Klassen gegründet und hat Ableger in Großbritannien (unter Mitgliedern der British National Party) und in Schweden (dort spielt der COTC-Chef Tommy Ryden eine führende Rolle in der terroristischen VAM).

Die COTC hat einen großen Einfluß unter rechten Skinheads auf beiden Seiten des Atlantiks, vor allem wegen ihrer Unterstützung für rassistische Rockbands wie Bound for Glory, The Voice und Rahowa (Rahowa ist der Slogan der COTC und steht für »Racial Holy War«).

Dieser »Hate Rock« ist ein wichtiges Mittel für nazistische Propaganda. Dabei

Dänemark, 1995: NSDAP/AO-Unterstützer auf dem Rückzug



Institute for Historical Review

Das IHR mit Sitz in Kalifornien ist DIE internationale Zentrale der Holocaust-Revisionisten. Auf den jährlichen Tagungen sprechen regelmäßig alle prominenten Auschwitz-Leugner (u.a. David Irving, Robert Faurisson, Fred Leuchter, Ernst Zündel). Im 26-köpfigen Beirat des Instituts sitzen auch drei Deutsche: Georg Franz-Willing (Überlingen), Wilhelm Stäglich (Badenweiler) und Udo Walendy (Vlotho). Enge Verbindung auch zu Otto Ernst Remer. Der Gründer des IHR, Willis Carto, verlor 1993 nach bitteren internen Auseinandersetzungen die Kontrolle über das Institut. Bei dem Konflikt geht es u.a. um eine 7,5 Millionen-Dollar Erbschaft, die zwar für das IHR gedacht war, die sich aber Carto unter den Nagel gerissen hat. Das IHR wird jetzt von Mark Weber geführt. Im April 1990 nahm Weber an einem u.a. von B.E. Althans organisierten internationalen Revisionistentreffen in München teil. Weber hat gute Kontakte zu dem Berliner Historiker Ernst Nolte. Ob das IHR die Trennung von Carto langfristig überlebt, ist noch ungewiß.

KKK

Der Ku-Klux-Klan war jahrzehntelang die wichtigste Strömung der US-amerikanischen rechtsradikalen Bewegung. Dieser rassistische Geheimbund wurde nach dem Bürgerkrieg und der Sklavenbefreiung vor rund 130 Jahren gegründet und war immer in eine Vielzahl von Einzelorganisationen zersplittert. Zunächst terrorisierte der KKK die afroamerikanische Bevölkerung in den Südstaaten, später war er auch gegen katholische und jüdische ImmigrantInnen aktiv. Seine größte Stärke erreichte er in den 1920er Jahren mit mehreren Millionen Mitgliedern; heute dürften es nur noch wenige Tausend sein.

Die letzte einigermaßen US-weite Klan-Fraktion sind die »Knights of the KKK« (Ritter des KKK) von Thom Robb aus Arkansas. Seit einigen Jahren versuchen verschiedene KKK-Gruppen, ihr »altmodisches« Image (weiße Kostüme, brennende Holzkreuze, etc.) loszuwerden. Inzwischen dürfen auch Frauen und Katholiken beitreten. Zahlreiche Klan-Führer haben aber auch das »altmodische« Schiff verlassen (z.B. David Duke oder Louis Beam).

Liberty Lobby

Wichtige Schaltstelle der radikalen Rechten mit Sitz in Washington, D.C. Gegründet vor 40 Jahren von Willis Carto (siehe auch »Institute for Historical Review«). Die Liberty Lobby gibt die antisemitische Wochenzeitung »Spotlight« mit angeblich über 100.000 Auflage heraus und betreibt das Radio-Netzwerk »Radio Free America«. Das »Spotlight« ist das wohl wichtigste »fraktions-übergreifende« Organ der rechtsradikalen Szene in den USA. Wegen interner Differenzen zerbrach vor

kurzem die langjährige Verbindung mit der rechtsradikalen Populist Party. Nachdem Carto die Kontrolle über das IHR verlor, gründete er die revisionistische Zeitschrift »Barnes Review«.

National Rifle Association and Gun Owners of America

Neben der »Christian Coalition« ist die Waffenlobby die wichtigste rechtskonservative Massenbewegung in den USA. Die führende Organisation ist die National Rifle Association (NRA) mit über drei Millionen Mitgliedern. Daneben gibt es die Gun Owners of America (GOA) von Larry Pratt mit rund 100.000 Mitgliedern, denen die NRA noch zu zahm ist. Beide Organisationen verlangen uneingeschränkten Privatbesitz von Schußwaffen und fördern den Aufbau von Bürgermilizen. Beide haben direkten Einfluß auf die republikanische Partei im US-Kongreß.

NSDAP/AO

»NSDAP-Auslands/Aufbauorganisation«, geführt von Gary Lauck mit Postadresse in Lincoln (Nebraska). Jahrelang der wichtigste Lieferant von nazistischem Propagandamaterial, das tonnenweise in die BRD geschmuggelt wurde (u.a. die Zeitschriften »New Order« und »NS-Kampfruf«). Seit Laucks Festnahme in Dänemark im März 1995 und seiner Auslieferung an die BRD-Justiz ist unklar, wie es mit der US-Organisation weiter gehen wird. Verschiedene Faschisten haben bereits Anspruch auf Laucks »Nachfolge« angemeldet, u.a. Harold Covington von der »International Union of National Socialists«. In den USA selbst hat die NSDAP-AO immer nur eine relativ kleine Rolle gespielt.

White Aryan Resistance

Der »Weiße Arische Widerstand« wird von dem ehemaligen KKK-Führer Tom Metzger und seinem Sohn John Metzger geleitet (Hauptquartier in der Nähe von Los Angeles). Rekrutiert vor allem unter rechtsradikalen Skinheads an der US-Westküste. Metzger produziert das Kabel-TV-Programm »Race and Reason« und verschiedene Info-Telefone. Ideologisch vertritt WAR die sogenannte »Third Position« (Strasserismus), also einen »antikapitalistischen« Nazismus. Strategisch propagiert Metzger zusammen mit Louis Beam den »führerlosen Widerstand« von einzelnen Terror-Zellen ohne zentrale hierarchische Führung.

Wise Use Movement

Wörtlich: Vernünftiger-Gebrauch-Bewegung. Lockerer Verbund von über 1.000 verschiedenen Anti-Umweltschutz-Gruppen. Führungspersonen: Ron Arnold und Alan Gottlieb. Ähnlich wie die Bürgermilizen wehren sich die Wise-Use-Gruppen gegen angeblich illegitime Bundesgesetze. Es geht vor allem um die Ausbeutung von Bodenschätzen sowie um den Gebrauch von Wasser und von Weideflächen auf den riesigen staatlichen Flächen im Westen der USA. Die Wise-Use-Leute beanspruchen hier ein »Recht auf Privateigentum« und gehen mit Waffengewalt gegen Bundesbeamte vor, die unerlaubtes Abholzen oder Abweiden von ökologisch gefährdeten Landstrichen verhindern wollen. Die Wise-Use-Leute stellen sich in der Öffentlichkeit meist als kleine Rancher und Cowboys dar. Finanziert werden sie von großen Konzernen, die auf eine profitable Ausbeutung der Bodenschätze hoffen.



$12,5 Mio. - Strafe: Tom Metzger (2.v.r.) bei der Versteigerung seines Lkws, 1991.

hat sich vor allem die Plattenfirma »Resistance Records« aus Detroit hervorgetan, die auch die Hochglanz-Zeitschrift »Resistance Magazine« herausgibt (Auflage angeblich 15.000). Resistance Records wurde 1994 von dem 24jährigen George Burdi (alias George Eric Hawthorne) und Mark Wilson gegründet. Resistance hat sich zum wichtigsten Organ für Nazi-Skinheads in Nordamerika entwickelt. Viele dieser Skinheads gehören zu dem lockeren Verbund der »Hammer Skins«.

Das terroristische VAM/Storm-Netzwerk in Schweden hat den Ball bereits aufgenommen und publiziert ein eigenes Hochglanz-Magazin (»Nordland«). Resistance und Nordland werden von dem deutschen Nazi-Blatt Nationaler Beobachter (aus Frankfurt/Oder) unterstützt. Auch deutsche Naziskins organisieren sich nach dem »Hammer«-Modell, u.a. in Berlin, Brandenburg, Sebnitz in Thüringen und Burladingen in Baden-Württemberg. Ähnliche Gruppen existieren auch in Polen, Tschechien und in der Schweiz.

Der bedrohlichste Aspekt der Amerikanisierung der europäischen Nazi-Szene ist allerdings die Verbreitung des Konzepts des »führerlosen Widerstands« und die Verherrlichung der früheren US-Terror-Organisation »The Order«. Europäische Skinhead-Magazine verehren Robert Mathews als Märtyrer (siehe S. III). »The Order« gilt auch als Vorbild der britischen Terror-Organisation Combat 18 und des VAM/Storm-Netzwerks in Schweden (VAM/Storm kopiert die Aktionen von The Order: Angriffe auf Polizeibehörden, Militärdepots, Banken und Regierungsbüros).

Die »Vorlage« für »The Order«, der Roman »Turner Diaries« von William Pierce (siehe Kasten auf Seite IV), zirkuliert bereits in halb Europa und wird seit Neuem auch in der BRD verbreitet. Die fiktiven TerroristInnen der »Turner Diaries« sind zwar streng hierarchisch organisiert (Pierce lehnt das Konzept des »führerlosen Widerstands« ab), aber ihre blutrünstigen Aktionen stoßen offensichtlich auch bei europäischen Neonazis auf Begeisterung. Mörderische Angriffe von kleinen, autonom operierenden Zellen sollen politische Gegner und staatliche Organe schwächen. Die folgende politische Destabilisierung soll zu einem offenen »Rassenkrieg« führen. Die Übernahme solcher Terrorstrategien durch europäische Nazi-Gruppen ist besonders bedrohlich. Auch in Deutschland sind verbotene Organisationen wie die NF und die FAP bereits dabei, konspirative paramilitärische Zellenstrukturen aufzubauen. ■

VAM, Schweden



Die Arbeit der »Coalition for Human Dignity«

Die »Coalition for Human Dignity« (Koalition für die menschliche Würde) wurde 1988 gegründet. Der Auslöser war der Mord an dem äthiopischen Immigranten Mulegeta Seraw durch drei Nazi-Skins in Portland (Oregon). Heute hat CHD Büros in Portland und in Seattle (Washington) und ist darüber hinaus in Montana und Idaho aktiv (die vier Bundesstaaten liegen alle im Nordwesten der USA).

CHD beschäftigt sich mit drei Problemen:
1) Die Gewalt von »Haßgruppen«, besonders von paramilitärischen Bürgermilizen und rechtsradikalen Skinheads,
2) schwulen- und lesbenfeindliche Organisationen und
3) der wachsende Einfluß der religiösen Rechten.

CHD organisiert Bündnis-Demonstrationen und direkte Aktionen gegen Rechtsradikale. Außerdem macht CHD Recherche-Arbeit, um die Verbindungen zwischen den verschiedenen rechten Organisationen zu dokumentieren. Diese Herangehensweise ist wichtig, um die Trennung zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zu überwinden, damit sie gemeinsam gegen Haß und Vorurteile kämpfen können.

CHD hat mitgeholfen, neue Organisationen und Bündnisse aufzubauen. So arbeiteten 1992 im »Oregon Democracy Project« großstädtische Linke, Schwulen- und Lesbenorganisationen, Bürgerrechtsgruppen und andere zusammen mit AktivistInnen aus den ländlichen Regionen. Das Projekt war eine gemeinsame Kampagne gegen die christliche Rechte.

[Anm. d. Ü.: Diese umfassende Herangehensweise ist eine Seltenheit in den USA. Meistens haben afroamerikanische BürgerrechtlerInnen, jüdische Organisationen, Schwule- und Lesben, Gewerkschaften, städtische »Autonome«, etc. so viele Vorbehalte und Berührungsängste gegeneinander, daß es nur selten zu einer antifaschistischen Zusammenarbeit kommt.]

Im vergangenen Jahr veröffentlichte CHD eine umfassende Dokumentation über die radikale Rechte im US-Nordwesten (»The Northwest Imperative«. Bestelladresse : Coalition for Human Dignity, P.O.Box 40344, Portland, OR 97240, USA). Zum Thema »rechtsradikale Bürgermilizen« erstellte CHD 1995 eine Zeitung mit Massenauflage (100.000). CHD publiziert den vierteljährlichen »Dignity Report«, der an 2.000 Adressen in der Region verschickt wird.

Rassismus, Antisemitismus, Ultra-Nationalismus und Fremdenhaß sind internationale Erscheinungen. Holocaust-Leugnung, die Skinhead-Bewegung und gewalttätigen Haß gibt es anderswo ebenso wie in den USA. Die USA spielen eine wichtige Rolle beim Export rechtsradikaler Ideologien und Ressourcen (z.B. das Schmuggeln von Nazi-Materialien nach Deutschland).

Die Notwendigkeit für internationale Zusammenarbeit ist besonders groß im Nordwesten der USA, wo Skinheads, Neonazis, »Christian Identity«-Leute und andere ständig über die US-kanadische Grenze hin- und her reisen. Amerikanische Menschenrechts-Gruppen und antifaschistische Organisationen (wie CHD) und ähnliche Gruppen im Ausland können viel voneinander lernen.

»Nach Oklahoma: Faschismus in den USA«

Eine Veranstaltungsreise mit dem amerikanischen Antifaschisten Jonathan Mozzocki von der »Coalition for Human Dignity« aus Portland, Oregon, USA.

Veranstaltungstermine 1996:

Nürnberg:	Samstag, 10.Februar	Dresden:	Donnerstag, 22. Febr.
Stuttgart:	Montag, 12. Februar	Leipzig:	Freitag, 23. Februar
Reutlingen:	Dienstag, 13. Februar	Braunschweig:	Montag, 26. Februar
Wuppertal:	Donnerstag, 15. Februar	Hamburg:	Dienstag, 27. Februar
Bielefeld:	Freitag, 16. Februar	Kiel:	Mittwoch, 28. Febr.
Oldenburg:	Montag, 19. Februar	Potsdam:	Freitag, 1. März
Bremen:	Dienstag, 20. Februar	Luckenwalde:	Sonntag, 3. März

Die Veranstaltungsreise wird von den Antifa-Zeitungen »Antifaschistisches Infoblatt« (Berlin), »ATZE« (Kiel), »Der rechte Rand« (Hannover), »Antifa-NRW-Zeitung« (Wuppertal), »Rabaz« (Nürnberg), der internationalen Antifazeitung »Searchlight« sowie der Antifagruppe »antifaschistisches komitee« (Bremen) unterstützt.

Rudi Klemm

Dreißig Jahre „Mut" in Asendorf

Über die Weißwäsche eines rechtsextremen Magazins

Im Mut Verlag Asendorf erscheint die Monatszeitschrift MUT. Das Blatt wurde am 15. Oktober 1965 als rechtsradikales Jugendmagazin gegründet. Es war ausgerichtet auf die „Wiking-Jugend", die „Jungen Nationaldemokraten" und den „Bund Heimattreuer Jugend". Der Leserkreis repräsentierte das außerparlamentarische Protestpotential um die NPD, dem die konventionellen politischen Aktionsformen der Nationaldemokraten zu bieder und zu wenig effizient waren.

So wurde in MUT die neue Ostpolitik der sozialliberalen Koalition Anfang der siebziger Jahre am schärfsten attackiert. Hauptzielrichtung des Blattes war aber die Entwicklung und Förderung von konkreten und durchschlagenden Aktionen. Entsprechend ging es dann auch zu bei der Gründungskundgebung der „AKTION WIDERSTAND" am 31.Oktober 1970 in Würzburg. „MUT"-Herausgeber **Bernhard Christian Wintzek** war Mitinitiator der „AKTION WIDERSTAND".

„Brandt an die Wand"

Bei dem verbotenen Fackelzug durch die Innenstadt kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Transparente und Sprechchöre zeigten deutlich den Charakter der Demonstration:"Hängt die Verräter!", „Brandt an die Wand!" oder „Fegt ihn weg, den roten Dreck!" Zeitweilig bündelte die „AKTION WIDERSTAND" fast die gesamte rechtsextreme Szene.

Trotz seiner Kritik an der NPD und ihren traditionellen Politikformen kandidierte der Sozialpädagoge Wintzek 1972 für diese Partei zum Bundestag. Er forderte allerdings dazu auf, mit der Erststimme die CDU/CSU zu wählen, „um Deutschland aus der sozialistischen Umklammerung zu retten". „Aber stellen Sie ihr (der Union) mit der Zweitstimme für die Nationaldemokraten eine Kontrolle an die Seite, damit CDU/CSU nicht wieder wie am 17.Mai 1972 vor dem Druck ihres linken Flügels, vor der Seelenmassage der Massenmedien, vor den sowjetischen Drohungen und vor der politischen Gerissenheit von Brandt und seinen roten Hintermännern umfallen und einen „Barzelbaum" schlagen" kann, formulierte er in einem Flugblatt zum Bundestagswahlkampf.

Als der NS-Kriegsverbrecher Kappler aus italienischer Haft entfloh, organisierte „Mut"-Herausgeber Bernhard C. Wintzek eine Veranstaltung in Soltau, auf der am 25.08.1977 Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet die „Befreiung" Kapplers feierten.

„Die Sechs-Millionen-Legende"

In seinem Buch „Unsere Väter waren keine Verbrecher - wie es damals wirklich war" schreibt Wintzek im Kapitel „Die Sechs-Millionen-Legende": „Wie lange sollen wir noch für eine

'Wiedergutmachung', die weder unser Problem noch unsere Aufgabe ist, arbeiten und Steuern zahlen? Wie lange will man uns vor allem statt geschichtlicher Tatsachen weiterhin antideutsche Greuelmärchen auftischen?". Inhaltlich fanden sich diese Vorstellungen auch in der Zeitschrift „Mut" wieder.

Vom Schmuddelblatt zum Kunstdruckheft für die „geistige Elite"

Lange Zeit war MUT eine offen (neo-) faschistische Zeitschrift. Sie wurde 1979 wegen Rassenhetze für jugendgefährdend erklärt, da in der Ausgabe Januar 1979 der Holocaust geleugnet wurde (BPS-Entscheidung Nr. 2773 vom 7. Juni 1979). Allerdings tauchte sie letztmals 1983 im Verfassungsschutzbericht auf. Dort war sie jahrelang als eines der „größten faschistischen Periodika" bezeichnet worden. Unter dem Einfluß des Nationalrevolutionärs **Wolfgang Strauß** als neuem Redakteur, der dann **Gerd-Klaus Kaltenbrunner** in das Blatt einführte, wurde aus dem radikalen Schülerblättchen von einst ein aufwendig gemachtes Kunstdruckheft, mit dem faschistisches Gedankengut in konservative Kreise getragen wird.

Seit dreißig Jahren repräsentiert Bernhard C. Wintzek als Herausgeber die personelle Kontinuität im „Mut" Verlag. Wie kein anderer Faschist in Deutschland verfolgte Wintzek konsequent die Strategien der „Neuen Rechten", löste sich frühzeitig von den traditionellen Aktionsformen und der sogenannten „Wagenburgmentalität" der Altfaschisten und versuchte bürgerliche Konservative einzubinden. In den 80er Jahren verzichtete Wintzek weitgehend auf provokante politische Stellungnahmen, die Gegenreaktionen hätten herausfordern können. Statt dessen versuchte er lieber, rechte Ideologie kulturell zu transportieren. Dabei wurde eine gewisse „Verwässerung" der Inhalte in Kauf genommen, um weitere Teile der Bevölkerung zu erreichen. Darüberhinaus versuchte er, Autoren und neuerdings auch verstärkt Autorinnen aus dem bürgerlich-konservativen Spektrum für „Mut" zu gewinnen.Nachdem ein Artikel des damaligen Bundesinnenminister **Zimmermann** abgedruckt worden war, schien Wintzek sich weiter unbehelligt etablieren zu können. Andere Minister wie **Rupert Scholz** folgten, und sogar Bundeskanzler **Kohl** outete sich 1988 in einem Leserbrief als „ständiger Leser" von „Mut". Während Wintzek bei Bonner Politikern offensichtlich Sympathien gewinnen konnte, regte sich vor Ort in Asendorf heftiger Widerstand gegen den rechtsextremen Verlag. Als am 30. Januar 1988 mehr als 600 AntifaschistInnen am Sitz des Verlages in Asendorf demonstrierten, war in der Nacht zuvor eigens die „Nationalistische Front" aus Bielefeld angereist und hatte im ganzen Dorf ihre Plakate „Rotfront verrecke" verklebt. In Folge der Demo mußte Wintzek seine Druckerei aufgeben, da die örtlichen Geschäftsleute nicht mehr bei ihm drucken ließen. Zu offensichtlich war die Rechtslastigkeit mancher „Mut"-Autoren wie Wolfgang Strauß, **Armin Mohler**, **Walter Becher**, **Emil Schlee** und des ständigen Mitarbeiters Gerd-Klaus Kaltenbrunner, als daß man sie hätte übersehen können. So druckte Wintzek auch die Texte einiger bürgerlich-demokratischer Autoren ohne deren Einverständnis ab. Eine Rückfrageaktion des "Arbeitskreis Kritische Nachbarschaft Asendorf/Hoya" ergab, daß sich der „Mut"-Verlag dieser Praxis bisweilen auch heute noch bedient. So war Jens Reich der Meinung, er hätte ein Interview für die "taz" gegeben, das dann in „Mut" erschien.

Seit Ende der 80er Jahre meidet „Mut" die offensichtlich faschistischen Autoren und Autorinnen. Prof. Emil Schlee war z.B. bis Mai 87 im Impressum als ständiger Mitarbeiter aufgeführt. In jenem Monat wurde er zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden der "Republikaner" gewählt. Wolfgang Strauß kam nur noch ab und zu in Leserbriefen zu Wort. Es blieben letztlich noch Kaltenbrunner und Wintzek selbst als bekannte rechtsradikale Autoren in der Monatszeitschrift „Mut" übrig. Zunehmend tauchten auch liberale und sozialdemokratische InterviewpartnerInnen und SchreiberInnen in „Mut" auf. Manche, wie der Sozialdemokrat **Erhardt Eppler** und das ehemalige Bundesvorstandsmitglied der DKP **Peter Schütt**, glaubten Wintzek die Wandlung zum Demokraten, andere, wie **Rudolf Wassermann**, **Hermann Rappe** und **Oskar Lafontaine** nutzten das Blatt, um „nationalsozialdemokratische" Positionen unter die Leute zu bringen. Viele andere wurden über den faschistischen Hintergrund des Blattes einfach in Unkenntnis gelassen.

Verschiebung rechtsextremer Diskurse

Parallel zur Veränderung des „Mut" Verlages vollzog sich in der BRD eine Entwicklung, die von Siegfried Jäger u.a. am Beispiel eines Kaltenbrunnertextes als „eigentümliche Wanderungsbewegung rechtsextremer Diskurse" beschrieben wird. Der CDU Politiker **Friedbert Pflüger** nannte es einfach einen „Rechtsruck". Ein Kernpunkt dieses Rechtsrucks besteht darin, daß rechtsextremistische Diskurse bisweilen nicht mehr als solche wahrgenommen werden. Dies weist Jäger besonders eindrucksvoll an rassistischer Hetze in "Spiegel" und "Focus" nach.

Bei der Beurteilung des „Mut“ Verlages hat die beschriebene Entwicklung zu gravierenden Fehleinschätzungen geführt. So wurde die Zeitschrift „Mut“ als „wertkonservatives Erbauungsblatt“ verharmlost, ohne daß eine genaue Analyse erfolgte. Tatsächlich verbergen sich heute auch in den Artikeln scheinbar unverdächtiger „Mut“-AutorInnen faschistoide Inhalte.

Ein Beispiel findet sich im „Mut“-Heft Januar 1995, in dem auch Gerd-Klaus Kaltenbrunner mit einem Artikel vertreten ist. Dort kritisiert der ehemalige Vorsitzende der “Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen”, Rudolf Wassermann, die o.g. Äußerung von Friedbert Pflüger, behauptet, es habe im Gegenteil ein Linksruck stattgefunden und wärmt unter dem Stichwort „Rückkehr der Kommunisten“ das Feindbild des Kommunismus in Form der PDS wieder auf. Anschließend entwickelt er für die FDP Perspektiven im national-liberalen Lager, empfiehlt dabei, das brachliegende Wählerpotential der REPs, das weder von der CDU/CSU noch von REPs mehr erreicht wird, mit einer entsprechenden Politik anzusprechen. Da aber die FDP bislang von Linksliberalen dominiert sei, wäre die entwickelte Perspektive nur durch den Zustrom neuer (rechtsradikaler/der Verf.) Mitglieder durchsetzbar, die dann Druck auf die Parteiführung ausüben könnten. Eine solche Empfehlung in einem Blatt der „Neuen Rechten“ kann nur als eine Aufforderung zur rechtsradikalen Unterwanderung der FDP verstanden werden.

Einige Seiten weiter schreibt Dr. **Herbert Huber**, Referent im Staatsinstitut für Schulpädagogik und Bildungsforschung zu München, unter dem Titel „Sittlichkeit und Sinn“ über den Zusammenhang von Bildung und Religion. Dort findet sich dann auch ein Kapitel unter der Überschrift „Atheist und Lehrer?“, in dem er diese spannende Frage auch gleich beantwortet. Für ihn als christlichen Fundamentalisten intellektueller Prägung ist dies aus grundsätzlichen Überlegungen nicht vereinbar. Die Schlußfolgerung - Berufsverbot für atheistische LehrerInnen - läßt er die geneigten LeserInnen selbst ziehen.

Dem „Mut“ Verlag geht es schließlich darum, faschistische Ideen und Vorstellungen mit der gebotenen Vorsicht in die gesellschaftliche Diskussion zu bringen. Wintzek selbst reklamiert für sich heute gerne, der „demokratischen Mitte“ anzugehören. Er und sein Verlag hätten seit der Indizierung 1979 eine Abkehr von rechtsextremistischen Positionen vollzogen.

Tatsächlich verbreitet der „Mut“ Verlag heute rechtsradikales Gedankengut in scheinbar unverdächtigen Artikeln scheinbar unverdächtiger Autoren. Erst bei genauerer Betrachtung der Texte zeigt sich, welch reaktionärer Mist in den Artikeln zu kulturellen oder religiösen Themen transportiert wird. Wer sich jedoch das Buchprogramm des „Mut“ Verlages anschaut, kann kaum die revisionistische Literatur übersehen, die Wintzek vertreibt.

Obgleich sich Wintzek angeblich gewandelt hat, versucht er seine KritikerInnen mit plumpen Spitzfindigkeiten unglaubwürdig zu machen: Zu Jahresbeginn 1995 warnte der Sprecher des Bremer Verfassungsschutzes Jachmann auf einer Pressekonferenz vor der „Neuen Rechten und ihren Blättern“ wie „Junge Freiheit“, „Criticon“ oder „Mut“, weil diese eine gefährliche Scharnierfunktion zwischen konservativen und rechtsextremen Kreisen erfüllten. Der “Arbeitskreis Kritische Nachbarschaft Asendorf/Hoya” zitierte in einem Flugblatt den entsprechenden “taz”-Bericht über diese Landespressekonferenz von 09.01.1995.

Daraufhin unterstellte Wintzek, der Arbeitskreis hätte behauptet, der „Mut“ Verlag sei im Bremer Verfassungsschutzbericht aufgeführt. Weil dies nicht stimmen würde, sei eindeutig belegt, daß der Arbeitskreis Lügen über den „Mut“ Verlag verbreiten würde. Bei der Sichtung älterer Materialien stellten wir fest, daß Wintzek diese Methode häufiger benutzt hat, um Aussagen von KritikerInnen zu entwerten.

Derzeit scheint es wichtig zu sein, der Verharmlosung des „Mut“ Verlages entgegenzutreten und auf den „Appell an die Wachsamkeit“, den Pierre Bordieu, Jaques Derrida, Georges Duby, Umberto Eco und eine Reihe anderer Intellektueller und Kulturschaffender am 13.07.1993 in der Pariser Zeitung “Le Monde” veröffentlichten, zu verweisen. Dort fordern sie dazu auf, „jede Zusammenarbeit mit Zeitschriften, Veröffentlichungen und elektronischen Medien abzulehnen, die in irgendeiner Weise mit dem Personenkreis der extremen Rechten zusammenhängen.“

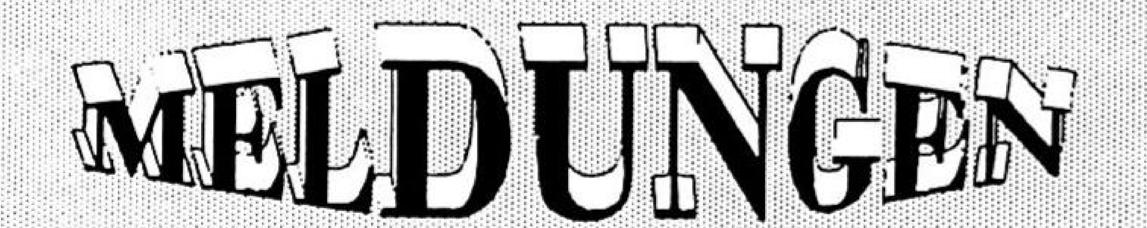
Der Verlag der Wochenzeitung „Die Zeit“ sieht das offensichtlich anders. Trotz ausführlicher Information zum „Mut“ Verlag wird das Abdrucken von „Mut“-Werbung als ein Ausdruck von Pluralität verteidigt. Leserbriefe, die über den faschistischen Hintergrund des Verlages aufklären werden dagegen im Zeichen der gleichen Pluralität nicht abgedruckt.

„Junge Freiheit“mit Helmut Schmidt im Einvernehmen?

Zum 7. Todestag Franz Josef Strauß' am 3.10.1995 publizierte die „Junge Freiheit“ in ihrer Ausgabe vom 1. September 1995 einen Artikel von **Helmut Schmidt**. Mit freundlicher Genehmigung der Herausgeber des Sammelbandes „Franz Josef Strauß. Erkenntnisse - Standpunkte - Ausblicke“ druckte die „Junge Freiheit“ Helmut Schmidts Beitrag anläßlich Franz Josef Strauß 70. Geburtstages in gekürzter Fassung nach. Unter der Überschrift „FJS - ein politisches Urgestein“ hielt Schmidt eine Laudatio auf Strauß und resümierte versöhnlich: „Wer aber (...) zu seinen Gegner gehört, der darf über Fehler und Schwächen, die er bei Strauß diagnostiziert, gleichwohl eines nicht verkennen: Hier handelt einer, der ganz und gar von der Leidenschaft erfaßt ist, der Res publica zu dienen“.

Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Bonner Bundestagsbüros des Ex-Bundeskanzlers waren in einem Monat nicht in der Lage zu klären, inwieweit Schmidts Beitrag in dessen Einvernehmen der „Jungen Freiheit“ zur Verfügung gestellt wurde. Eine Erlaubnis Schmidts für eines Abdruckes muß aber ebenso vorliegen, wie die der Herausgeber.

Schon des öfteren hat die Redaktion der „Jungen Freiheit“ dies nicht so eng gesehen. Allerdings haben aber auch Sozialdemokraten in sich „neurechts“ gebenden Kreisen publiziert. Unter anderem der neue Parteivorsitzende **Oskar Lafontaine**. In der März-Ausgabe von „Mut“ legte er seine Visionen getreu dem Motto „Mehr Kooperation statt Konfrontation“ dar.



Rechts von der JF

In der Oktober-Ausgabe der „Staatsbriefe“ berichtete **Hans-Ulrich Kopp** über die Durchführung der „Freien Deutschen Sommeruniversität“. Bei der „Freien Deutschen Sommeruniversität“ handelt es sich um eine rechte Abspaltung der „Sommeruniversität der Jungen Freiheit“ (JF). Anlaß für das rechte Schisma war, so der geschaßte 33jährigen JF-Redakteur Kopp, die „Herunterliberalisierung der ehemals systemkritischen Wochenzeitung“. Zu den Referenten der ersten „Freien Deutschen Sommeruniversität“ zählten **Robert Steuckers**, Prof.Dr. **Tomislav Sunic**, Dr. **Reinhold Oberlercher**, **Wolfgang Strauss**, **Hans Wahls**, Oberst a.D. **Eberhard Heder** („Die Waffen-SS, eine europäische Armee“) und **Sascha Jung**. Der Leipziger Juso Jung referierte über das Thema „Der deutsche Gedanke in der Sozialdemokratie bis Kurt Schumacher“. Der 23jährige Jung gehört dem für seine deutschtümelnden Aktivitäten und Veröffentlichungen bekannten „Hofgeismarerkreis der Jungsozialisten Deutschlands“ an. Anklang fanden die zu Ostern 1992 gegründeten „Hofgeismarer“ im gesamten rechtsextremen Lager. Von der „Jungen Freiheit“ über die österreichische Monatsschrift „Aula“ bis zur „Deutschen National-Zeitung“ des Dr. **Gerhard Frey** erfuhren die nationalen Sozialdemokraten Zustimmung. Mit Genugtuung vermerkte Kopp in den „Staatsbriefen“ das Scheitern der diesjährigen JF-Sommeruniversität „mangels Teilnehmern und infolge eines organisatorischen Fiaskos nach zwei Tagen“. 1993 wurde die erste JF-Sommeruniversität in Ravensburg bzw. Konstanz durchgeführt. Intendiert war mit der jährlichen Hochschulwoche der „Aufbruch zu einer konservativen Revolution“. „Rechtsträger“, so Kopp in den „Staatsbriefen“, „war von Beginn an eine aus dem Donauraum stammende akademische Burschenschaft.“ Gemeint ist damit die den „Deutschen Burschenschaften“ angehörende Münchner „Burschenschaft Danubia“, deren „Alter Herr“ oder „Philister“ Kopp ist.

Andrea Röpke

"Vienen Los Alemanes"

Zu den diesjährigen Geburtstagsfeierlichkeiten für den ehemaligen spanischen Diktator Franco und den Falangistenführer Primo de Rivera sind tausende von Spaniern ins Valle de los Caidos (Tal der Gefallenen) geströmt.

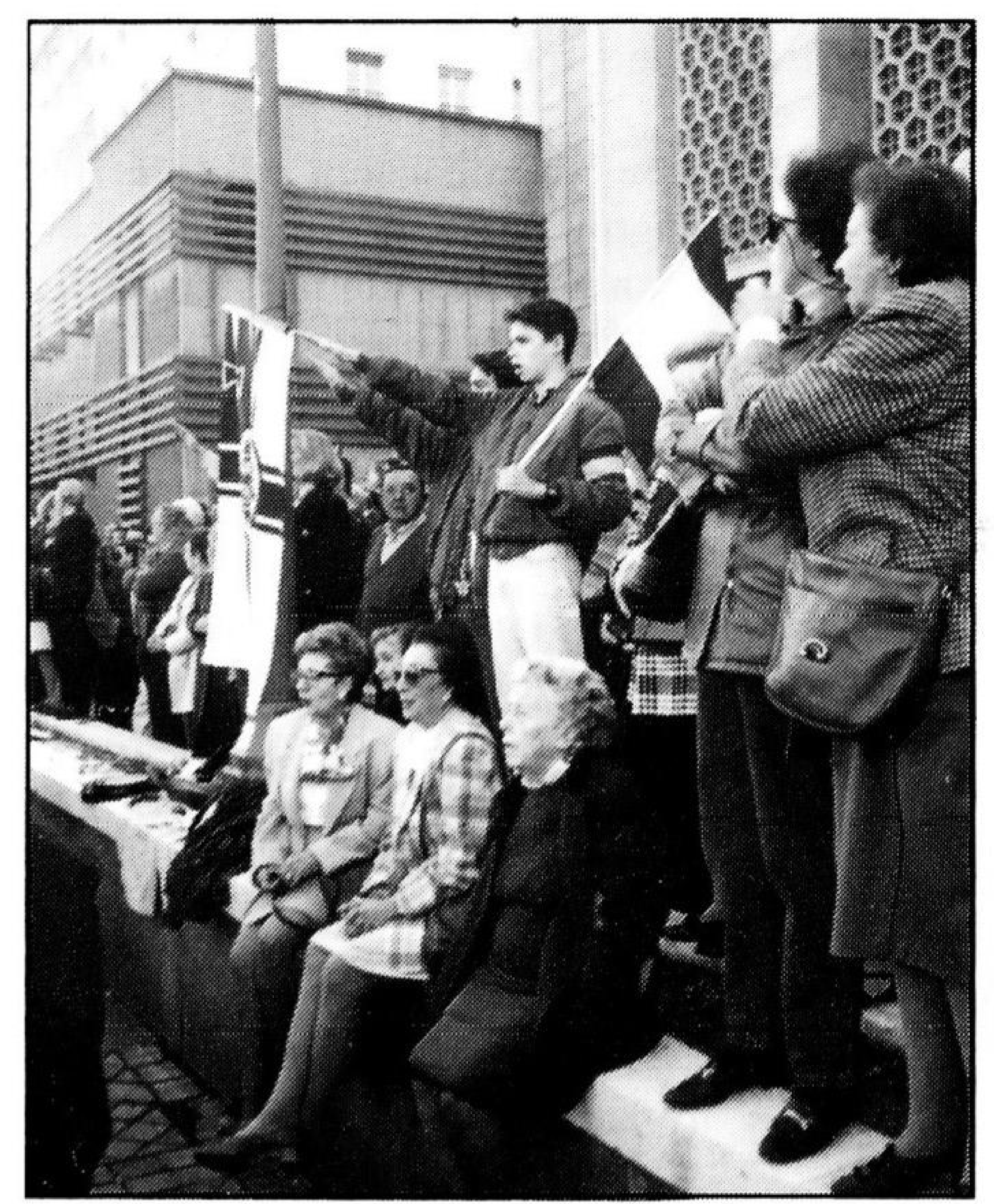
Franco-Tochter Carmen zieht mit Gefolge in die monumentale Krypta ein. Der Gottesdienst beginnt pünktlich um 17 Uhr, obwohl die Organisatoren der faschistischen Feierlichkeiten, die AUN (Alianza por la unidad nacional) noch auf die größte ausländische Delegation warten: die Deutschen. Der Chef der aufgelösten CEDADE, **Pedro Varela**, wird unruhig. Endlich erscheint die Vorhut: **Friedhelm Busse**, Führer der verbotenen FAP, mit Lebensgefährtin, deren Tochter und Mann postieren sich auf dem Vorplatz. Im Gegensatz zu den hartgesottenen NPD-Mannen ist Busse mit dem Flugzeug angereist. Glücklich kann er die ersten Fernsehinterviews geben. Drei seiner Paladine, einer ist **Falco Schüssler**, stellen sich in vollen Wichs vor die Kameras.

Mit einstündiger Verspätung erscheinen schließlich die ca. 100 weiteren deutschen Faschismustouristen. Die Busunternehmer **Bender** aus dem hessischen Ehringshausen und die Firma **Gessert** aus Finsterbergen im Thüringischen Wald sorgen für die ersehnte Ankunft. Sofort werden die obligaten Fahnen ausgerollt. Die deutsche Delegation versammelt sich auf dem Vorplatz. Als die spanischen Gottesdienstbesucher aus der Krypta strömen beginnen die Ovationen für die Deutschen: "Viva Alemania!"-Sprechchöre ertönen, die Menge schaukelt sich hoch. Vor dunkelblauen Himmel schnellen tausende von rechten Armen hoch zum faschistischen Gruß. Das ist die Stunde der Deutschen. Begeisterung ist auf ihren Gesichtern erkennbar. Unter dem euphorischen Geschrei "Television - Manipulacion" wird am Rande ein britisches Kamerateam vom Platz gejagt.

Im Veranstaltungsblatt der NPD-Aktivisten wird diese Massenorgie als "Schwur bei den Heiligen Drei Kreuzen" bezeichnet. Nach einer Stunde ist der Spuk vorüber. Jetzt endlich findet Friedhelm Busse die Zeit mit seinen Mannen dem spanischem Gaudillo Franco seine Ehrung zu erweisen. Das Knallen der Hacken hallt von den Felswänden der Krypta wider. Busse erhebt den rechten Arm und steht minutenlang stramm. Andere deutsche Neonazi-Führer halten sich bedeckter: **Udo Voigt**, NPD-Landesvorsitzender in Bayern und **Holger Apfel**, der Bundesvorsitzende der "Jungen Nationaldemokraten" sowie **Wolfram Nahrath** (eh. WJ). Mit ihnen sind u.a. der NPD-Kreisverband München-Süd, "Die Deutschen Patrioten", die verbotene "Heimattreue Vereinigung Deutschlands" (HVD), Mitglieder der NPD Göttingen und Thüringen sowie die JN Franken angereist.

Für den Abend des 18.Novembers steht ein Kameradschaftstreffen mit den Leuten der spanischen AUN auf dem Programm.

Im Gegensatz zur Gedenkstunde am Vortag wird die Kundgebung am 19.11.95 in der Innenstadt von Madrid weniger zurückhaltend gestaltet. Vor dem Franco-Denkmal auf dem Plaza San Juan de la Cruz wird vieles zum Kauf angeboten: vom Personalausweis mit Hitler-Foto bis hin zu Hakenkreuzen in allen Variationen. Dazu ertönt aus blechernen Lautsprechern "Lili Marlen". Ein riesiges Polizeiaufgebot hält sich jedoch diskret im Hintergrund. Eine Gegendemonstration findet entfernt statt.



Franco-Freunde in Madrid

Die spanische Polizei spricht später von 6-8.000 Teilnehmern. Die Kundgebung findet zur Ehrung von Franco statt und darum gehört neben seiner Tochter Carmen der spanische Abgott **Blas Pinar** zu den Ehrengästen. Im Demonstrationszug ziehen die Faschisten aller Couleur zum Plaza San Juan. Die FAP singt ihr Lied: "Ein junges Volk steht auf!" **Gottfried Gloge**, NPD-Funktionär aus Göttingen, trägt die riesige Reichskriegsflagge mit dem schwarzen Adler. In Reih und Glied geordnet ist die deutsche Delegation ohnehin schwer zu übersehen.

Für Montag steht eine Fahrt nach Toledo auf dem Programm der deutschen Rechts-Touristen. Am Nachmittag wartet dann eine Überraschung der besonderen Art auf sie: die Witwe des belgischen Rexistenführers Leon Degrelle hält einen Vortrag. "Man die hat vielleicht eine Rede gehalten. Wir waren alle gerührt. Manche sogar zu Tränen gerührt", schwärmt man später. Am Dienstag verabschieden sich die Kader der hartgesottenen Deutschen noch in den Räumen des Privatmuseums der "Division Azul" von den Mitgliedern der Veteranenbruderschaft und ihren spanischen Betreuern. Zeitungen, Termine und Grüße werden ausgetauscht. Ein herzlicher Abschied unter Freunden: "Bis zum nächsten Jahr in Madrid".

Lisa Böhne

Betrifft: Ludendorffer

Im RR 37 wird im Artikel „Von wegen harmlose Religionssekte!“ die unzutreffende Behauptung aufgestellt, Mathilde Ludendorff habe die „Mission“ ihres Mannes nach dem 2. Weltkrieg weitergeführt.

In Wahrheit entstammt die ideologische Grundlage des „Bund für Gotterkenntnis“ der Feder von **Mathilde Ludendorff**. Die grundlegende Schrift „Triumpf des Unsterblichkeitwillens“ erschien 1922 unter ihrem ersten Ehenamen, **von Kemnitz**. Unter emanzipatorischem Vorzeichen hatte sie sich schon vorher der völkischen Sache verschrieben (Frauenkonzil). In ihrer Eigenschaft als Nervenärztin behandelte sie die süchtige erste Frau des Generals Ludendorff. Die Lehre der von Kemnitz lieferte dem General gleichzeitig eine Erklärung für sein Verhalten bei Ende des 1. Weltkrieges (Flucht durch Einfluß überstaatlicher Mächte) und einen „Freispruch“ von krankhaften Ursachen durch eine Fachfrau. Dies dankte er ihr nicht nur durch Heirat 1926, sondern auch mit vollständigem Einsatz seiner persönlichen und finanziellen Ressourcen.

Laut M. L. hat es mit Hitler nie eine wirkliche Aussöhnung gegeben. Kurz vor dem Tod Ludendorffs kam es zu einer Absprache, die den Ludendorffern den Status einer Religionsgemeinschaft sicherte (Spruchkammer-Verfahren gegen Frau Dr. Ludendorff 1. Tag, Stuttgart 1950, S. 44 ff.). Dafür sollten diese die Angriffe auf Hitler unterlassen. Den Ludendorffern waren die Nazis zu kirchenfreundlich und nicht völkisch genug.

1929 wurde die Ludendorff GmbH mit 20.000 Mark Kapital gegründet. Der Löwenanteil gehörte dem Ehepaar. Seitdem ist der darüber laufende Verlag (Ludendorffs Verlag/ nach dem Kriege Verlag Hohe Warte) im Besitz der Familie und wird heute vom Schwiegersohn, **Franz Karg von Bebenburg** geleitet. Die Schrift der Religionsgemeinschaft erscheint mit Unterbrechungen seit 1930. Zuerst unter dem Titel „Am Heiligen Quell Deutscher Kraft“, nach dem Krieg bis heute unter „Mensch und Maß“. Nach Angabe von M.L. soll die Auflagenhöhe 1937 bei 80 000 gelegen haben und in etwa identisch mit der Mitgliederzahl gewesen sein. Mit dem Tod des Generals begann diese zu bröckeln (a.a.O. S. 54). Heute wird die Auflage vom Bayerischen Verfassungsschutz mit 2000 angegeben (VSB 1994 S. 55).

Das Glaubensleben der Sekte läuft über gemeinsame Feiern und Zusammenkünfte, bei denen ausschließlich von der Leitung autorisierte RednerInnen das Wort ergreifen dürfen. Inhaltlich dreht sich dabei alles um Wiederholung und Aufbereitung des umfangreichen Schriftwerkes Mathilde Ludendorffs. Der Anteil des Generals beschränkte sich auf Kriegserinnerungen und Artikel, die die verschwörungstheoretische Seite der Lehre seiner Frau behandeln („Die Hand der überstaatlichen Mächte“).

Constantin Ücz

Die Grauen Wölfe heulen wieder

Sie heulen wieder kräftig, die Grauen Wölfe! So wie die Bewegung der türkischen Faschisten jetzt bei den jüngsten Parlamentswahlen zugelegt hat, so hat sie auch ihre internationalen Aktivitäten forciert. Auch in Deutschland zeigen sie sich wieder unverfroren offen - oder getarnt im Schafspelz.

Dabei hatte sich die nach dem Militärputsch von 1980 zeitweise verbotene MHP (Miliyetci Hareket Partisi = Partei der nationalistischen Bewegung) nach der Wahl von 1992 im Parlament von Ankara etabliert. Dort zog sie auf einer gemeinsamen Liste mit den islamisch-fundamentalistisch orientierten Parteien "Refah" und ICP ein. Dieses Bündnis erreichte damals rund 15% der Stimmen, wurde jetzt aber nicht wieder aufgelegt. Mit 8,2% der Stimmen wurde die MHP bei der jüngsten Wahl nicht wieder ins türkische Parlament gewählt - es galt eine 10%-Hürde zu überspringen. Regional und im kommunalpolitischen Bereich ist die MHP in der Türkei nach wie vor eine bedeutende Kraft.



Graue Wölfe am 25. April 1995 in Berlin-Kreuzberg

Die starke nationalistische Strömung in der türkischen Politik tut ihr übriges, den Faschisten der MHP den Rücken zu stärken. Als Mittel zum Zweck bedient sich die MHP auch zunehmend dem Trend zum islamischen Fundamentalismus, der striktesten islamischen Bewegung, die enormen Zulauf bekommen hat. Einen - vorläufigen, traurigen - Höhepunkt der faschistischen Gewalt hat Neumünster am 3. September 1995 erlebt, als der Kurde Seyfettin Kalan (28) von Selim Mengü (19), einem Mitläufer der Grauen Wölfe, erschossen wurde. Die Grauen Wölfe sind unter den jungen Türken „in". Viele Aktivisten dürften inzwischen - wie das Beispiel Neumünster zeigte - bewaffnet sein.

Mit dem Kriegsfeldzug gegen die Kurden, aber auch mit den Säuberungen und Vertreibungen von Sunniten und Aleviten, erlebt das völkische Gedankengut der MHP eine Renaissance. Medienpropaganda über die staatlichen türkischen Sender - über Satellit auch hier zu empfangen - tut ein übriges. Sie verfehlt ihr Ziel nicht. In immer mehr Köpfen spukt wieder das Weltbild eines großen Osmanischen Reiches. Diese politische Doktrin wird auch nach Europa, und speziell nach Deutschland, übertragen.

Bereits in den Elternhäusern wird der sogenannte Wolfsgruß den Kindern beigebracht; das ist das erkennbare Begrüßungssymbol der MHP, benannt nach den Grauen Wölfen. Auf dem Schulhof setzt sich dies fort. Kommen junge Türken ins wehrpflichtige Alter, werden sie spätestens in ihrer Heimat mit der entsprechenden nationalistischen Gesinnung ausgestattet. Sie werden auch verstärkt als Todesschwadrone in Kurdengebiete geschickt. Bei der Rückkehr nach Deutschland ist es dann „schick", über die kriegerische "Kurdenjagd" zu berichten, MHP-Tätowierungen und -schmuck zu zeigen. Zweck: Wieder Jugendliche rekrutieren. Dazu begeben sich auch immer öfter geschulte Offiziere der türkischen Armee nach Deutschland. Türkische Musikgruppen, die von „Blut, Boden, Ehre Vaterland, Volk und Fahne" singen (z.B. die Rapper „Cartel" aus Kiel/Berlin/Nürnberg) unterstützen gewollt oder ungewollt das nationalistische Geheul. Das Jugendzentrum und die Diskothek werden damit zum Schauplatz für Indoktrination und Rekrutierung. Junge Kurden, linke Türken oder Aleviten werden oft bedroht bzw. unter Druck gesetzt, sich den Grauen Wölfen anzuschließen. Es ist auch hinlänglich bekannt, daß nicht nur in der Türkei, sondern auch in Europa, der türkische Geheimdienst (MIT) die MHP-Aktivisten für seine Tätigkeiten benutzt.

Die vielfache Medienhetze in Deutschland „Kurde = PKK-Terrorist" hilft zudem, den faschistischen Gruppierungen in die Hände zu spielen. Stimmungsmäßig ist der Boden also bereitet; die türkische Presse meldete nach dem PKK-Verbot im November 1994 durch Bundesinnenminister Manfred Kanther (CDU) nicht ohne Stolz, daß man mit Zustimmung der zuständigen deutschen Stellen „spezielle Sicherheitskräfte" nach Europa und gezielt nach Deutschland senden konnte, um die „Bekämpfung des kurdischen Terrors effektiver zu gestalten".

In den letzten Jahren hat sich die MHP bundesweit eine neue Infrastruktur geschaffen. Getarnt in Kultur- und Sportvereinen kochen sie ihr faschistisches Süppchen. Eine solche Organisation ist die Türkische Familien-Union (Türk Ailere Birligi). Sie hat in vielen Städten Anlaufstellen geschaffen (bekannt z.B. in Uetersen, Geesthacht, Lübeck und Hamburg). Die MHP tarnt sich aber auch unter Bezeichnungen wie Türkischer Elternverein (-bund/-union), so z.B. in Kiel oder Nordrhein-Westfalen. In Schleswig-Holstein und Hamburg stehen diese Tarnorganisationen unter Beobachtung des Verfassungsschutzes. In den entsprechenden Verfassungsschutzberichten freilich vermißt man eine angemessene Würdigung dieser Aktivitäten. In den Räumlichkeiten der Türkischen Familien-Union heult der graue Wolf als Bild an der Wand.

In Neumünster gab es im April 1994 einen Angriff von Grauen Wölfen auf einen Treffpunkt der Kurden. Spätestens seitdem schwelt der Konflikt in der Stadt, der jetzt mit einem kurdischen Todesopfer seinen vorläufigen Höhepunkt gefunden hat. Trotz polizeilicher Erkenntnisse wurden 1994 keine Strafverfahren auf den Weg gebracht; merkwürdig auch, daß die nationalistischen Türken in der Pressemitteilung der Polizei nicht als Graue Wölfe und schon gar nicht als Angreifer deklariert wurden. Ein weiterer Zwischenfall folgte im August 1995 in Rendsburg. Während des dortigen Stadtfestes wollte eine Gruppe junger nationalistischer Türken den Kurdischen Kulturverein einen „Besuch abstatten" - die Türken waren bis an die Zähne bewaffnet. Die Polizei sprach in diesem Zusammenhang lediglich von einer Zusammenrottung junger Türken, denen man die Waffen abgenommen habe.

Die Grauen Wölfe nutzten zuletzt Hochzeits- und Beschneidungsfeiern sowie Fußballspiele der türkischen Nationalmannschaft zu Parteidemonstrationen der Stärke auf offener Straße. In Berlin strahlten die Grauen Wölfe über den sogenannten „Offenen Kanal" eine Propagandasendung aus.

Einige der zuletzt bekannt gewordenen gewalttätigen Zwischenfälle mit Beteiligung von Grauen Wölfen der MHP in Deutschland: Im Januar 1995 wird in Bottrop der Vorsitzende des Deutsch-Kurdischen Freundschaftsvereins von Grauen Wölfen bedroht. Im April 1995 wird eine Beschneidungsfeier von Aleviten in München von Grauen Wölfen gestört. Im Mai 1995 wird in Lünen ein prokurdisch eingestellter Mitarbeiter des Diakonischen Werks von einer Gruppe Grauer Wölfe zusammengeschlagen. Die Bundesregierung mußte auf eine parlamentarische Anfrage der PDS einräumen, daß Graue Wölfe gewalttätig ge-

gen Landsleute in Deutschland vorgehen bzw. diese bedrohen. Seit 1990 seien der Bundesregierung im Bundesgebiet elf solcher Vorfälle bekannt, heißt es in der Antwort auf die Anfrage. Von Regierungsseite beziffert man die Zahl der nationalistischen, rechtsextremistischen Türken in Deutschland auf 4900.

Interessen der MHP werden seit 1978 offiziell von der Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V. (ADÜTDF) betreut. Der Verein wurde in Frankfurt/Main gegründet, wo er auch seinen Sitz inne hat. Der Vorsitzende ist Türkmen Ontur aus Ulm. Bis 1993 tauchte diese Organisation regelmäßig im Verfassungsschutzbericht des Innenministeriums auf. 1994 unterblieb dies erstmals, da man die ADÜTDF nicht mehr als eine „wesentliche" Organisation betrachte. Spielt da vielleicht eine Rolle, daß die Organisation von der türkischen Staatsspitze gedeckt wird? Auf der Jahreshauptversammlung 1994 in Sindelfingen fanden sich immerhin 10.000 Teilnehmer ein. Dort trat auch der "Führer" der MHP, Alparslan Türkes, als Redner auf. Unter den Zuhörern weilte auch der türkische Botschafter in Bonn. Grußworte von der damaligen türkischen Ministerpräsidentin Tansu Ciller wurden telefonisch übermittelt. Begleitmusik des Treffens waren auch unverhohlen geäußerte Propagandaschlachtrufe für die MHP und deren faschistischem Treiben. Offen wurden die faschistischen Embleme der MHP gezeigt und Türkes als "Führer" tituliert und verehrt.

Anmerkung: Bei der Erstellung dieses Textes wurde zurückgegriffen auf die PDS-Anfrage an die Bundesregierung zu rechtsextremistischen türkischen Gruppen in Deutschland, auf Auszüge der Broschüre „Tatsachen" von der DIDF (= Föderation der demokratischen Arbeitervereine der Türkei in Deutschland), auf Material der Zeitschrift „Antifaz" (Recklinghausen) sowie auf Veröffentlichungen in der deutsch-türkischen Zeitschrift "inisiyatif" (Berlin).

Literaturhinweis:
Wenn auch schon von 1983, immer noch ein „Basiswerk" zu dem Thema: „Türkei - Republik unter Wölfen" von Jürgen Roth/ Kamil Taylan aus dem Lamuv-Verlag.

Constantin Ücz

Portrait: Alparslan Türkes

Alparslan Türkes, Chef der MHP, wurde 1944 verhaftet, weil er als Führer der panturanistischen Bewegung versucht haben soll, die Türkei an der Seite des Großdeutschen Reiches in den Krieg zu ziehen. In dem gegen ihn laufenden Verfahren äußerte er dazu: "Ich betrachte es als Ehre, wegen Turanismus und Rassismus verurteilt zu werden.

Die Verwaltung des Staates durch Menschen türkischer Rasse ist lebensnotwendig. Die in der Türkei lebenden Nichttürken mit türkischer Staatsangehörigkeit sind Tscherkessen, Boşniaken, Lazen, Kurden, Albaner... Sie sollte man in die Länder schicken, wo sie hingehören."

Bis 1958 war Türkes in der türkischen Militärmission in Washington tätig gewesen. Im selben Jahr hatte er eine Schule für Atom- und Nukleartechnik in der BRD besucht. Er gehörte dann zu den 32 Offizieren, die die damalige Menderes-Regierung stürzten. Er wurde nach dem Putsch 1960 persönlicher Sekretär des Putschistengenerals Gürsel. Da er den Führern zu mächtig wurde, schickte man ihn als türkischen Botschafter nach Neu-Delhi/Indien. 1963 wurde er unter dem Vorwurf verhaftet, erneut an einem Putschversuch mitgewirkt zu haben. Mangels Beweisen kam er jedoch wieder auf freien Fuß. 1964 folgte sein Beitritt zur "Republikanischen Bauernpartei (CKMP). Fortan gründete er die ersten türkischen Kommandolager für Jugendliche. Aufgrund eines drohenden Verbotes der Partei, weil eine militärische Ausbildung von Parteimitgliedern untersagt war, versuchte Türkes, diese Kommandolager als Einrichtung des Nationalen Studentenverbandes auszugeben. Als die Umorganisation der Partei beendet und die Kommandos aufgebaut waren, mündete die Partei 1969 in der Neugründung der MHP.

Symbol der Partei ist eine rote Fahne mit drei auf den Rücken gekehrten Halbmonden, Zeichen des Ottomanischen Imperiums. In den Kommandolagern wurden bis zu 100.000 Aktivisten ausgebildet. Diese erhielten den Namen "Graue Wölfe" (Bozkurtcular). Er soll erinnern an das Tier, das entsprechend der panturanistischen Legende, die letzten türkischen Stämme aus den Altai-Gebirgen in Zentralasien (Südost-Sibirien) geführt und damit gerettet hatte.

Bis 1980 wurden den "Grauen Wölfen" bis zu 5000 politische Morde in der Türkei angerechnet.

1975 wurde die MHP zum Bündnispartner der konservativen "Gerechtigkeitspartei" (AP) unter dem damaligen Ministerpräsidenten und heutigen Staatspräsidenten Demirel. In der Zeit der MHP als Regierungspartei bekleidete Türkes das Amt des stellvertretenden Ministerpräsidenten und hatte damit volle staatliche Rückendeckung für den organisierten Terror gegen die Opposition. Die Regierungszeit dauerte bis 1978. Die MHP stellte in diesen vier Jahren auch den Zoll- und Monopolminister. Mit der Zeitung "Hergün", die in Deutschland für türkische Arbeiter herausgegeben wurde und Devisentauscher vermittelte, hatte man eine Geldquelle. Diese Devisen landeten verdeckt auf MHP-Konten. Zudem war die Partei in den weltweiten Waffen- und Heroinhandel eingebunden. Hinweise darauf, auch in Deutschland, gibt es bis in die heutigen Tage. Nach dem Militärputsch 1980 wurde die MHP verboten, Türkes wurde inhaftiert. Der staatliche Verwaltungsapparat blieb aber durchsetzt von Türkes-Gefolgsleuten. 1983 wurde das Parteienverbot wieder gelockert, Nachfolgeorganisationen gründeten sich unter anderem Namen. Ein Teil der MHP organisierte sich in der neuen Mutterlandspartei (ANAP), ein anderer Teil orientierte sich direkt zur faschistischen MCP, die Ende der 80er Jahre wieder mit dem "Führer" Türkes in die MHP überführt wurde. Offiziell war die MHP Ende der 80er Jahre wieder erlaubt. Bis zu den jüngsten Wahlen saß sie im türkischen Parlament und stützte dabei inoffiziell die Regierung der Konservativen und Sozialdemokraten. Die MHP wurde sogar mit Regierungsmissionen beauftragt. Türkes führte zum Beispiel im vergangenen Winter in Frankreich Verhandlungen mit einer armenischen Regierungsdelegation. In der Türkei besetzen MHP-Vertreter mittlerweile zahlreiche Bürgermeister- und Gouverneursposten. Eine MHP-Auslandsvertretung existierte offiziell seit 1973 mit Sitz in Ludwigshafen, sowie mit Anlaufstellen in 40 deutschen Städten und Kontakten in Großbritannien, Frankreich, Belgien, Niederlande, Schweiz und Österreich. 1970 suchte Türkes den Kontakt zur NPD. 1977 bedankte er sich für die finanzielle Wahlkampfhilfe durch die deutschen Nationaldemokraten. Die Doktrin der MHP erinnerte an Hitlers "Mein Kampf". Dieses "Werk" wird von der MHP auch in türkischer Sprache vertrieben. 1977 empfing DVU-Chef **Gerhard Frey** Türkes bei dessen Deutschlandbesuch. 1978 folgte ein Zusammentreffen Türkes - Franz Josef Strauß (CSU), damals bayerischer Ministerpräsident. Freundschaftliche Beziehungen pflegte die MHP auch mit antisemitischen Organisationen in den USA. Bankkonten in Deutschland und in den USA (wer weiß, wo sonst noch) deuten auf ein großes "schwarzes" Vermögen.



"Aktionstage" der MHP 1995 in den Niederlanden

Dominik Fries

Nazilied bei Gelöbnis der Saarlandbrigade

Das Nazilied „Rot scheint die Sonne“ war offizieller Bestandteil des öffentlichen Gelöbnisses von 540 Rekruten der Saarlandbrigade Mitte November im nordsaarländischen Wadern. Gegen das Gelöbnis, das auf dem Gelände einer Schule stattfand, protestierten knapp 350 KriegsgegnerInnen.

Während auf dem Schulgelände der saarländische Innenminister Läpple (SPD) die Bundeswehr als wichtigen Bestandteil der BRD lobte, gab es draußen ein gellendes Pfeifkonzert und lautstarke Sprechchöre.

Zu der erfolgreichen Protestaktion hatte sich auf Initiative der AKTION 3.WELT Saar

Am Rande der Protestaktionen *Foto: Bildarchiv ADW-Saar*

ein “Überregionales Bündnis“ aus 21 Gruppen aus dem Saarland und Rheinland-Pfalz gebildet. Es war das erste Mal, daß ein breites Bündnis zu Protest- und Störaktionen gegen die Saarlandbrigade aufgerufen hat. Wie nervös die Statthalter der Bundeswehr waren, zeigte sich u.a. an Reaktionen aus der CDU-Landtagsfraktion. Lafontaine sollte die Jusos zurückpfeifen und der Bischof die christlichen Gruppen an die kurze Leine nehmen. Der örtliche Bürgermeister (CDU) tobte, daß die Demonstration gegen das Gelöbnis überhaupt Erwähnung in der Presse fand. In der Mottenkiste der Adenauer-Ära fand die CDU ihr wichtigstes Argument: keine Zusammenarbeit mit kommunistischen Gruppen. Damit wird vom Schreibtisch aus versucht, in einem ländlich konservativen Umfeld Stimmung gegen KritikerInnen der Saarlandbrigade zu organisieren. Mit ersten „Erfolgen“. Wenige Tage nach dem Gelöbnis wurde ein Jugendlicher von zwei Soldaten der Saarlandbrigade wegen seiner Teilnahme an der Demonstration körperlich und verbal bedroht. Auf Leserbriefe gab es anonyme Drohanrufe.

Der Vertreter der VVN/BdA wies auf der Demonstration auf die gezielt betriebene NS-Traditionspflege der Bundeswehr hin. Etliche Kasernen seien immer noch nach Nazigenerälen benannt. Das in Wadern gesungene Nazi-Lied „Rot scheint die Sonne“ hatte noch im Mai 1993 im bayrischen Altenstadt für einen handfesten Skandal gesorgt. Als das Lied angestimmt wurde, verließen SPD, FDP und Grüne die Bundeswehr-Veranstaltung. (Ansonsten wären sie wohl geblieben).

Als Eliteeinheit der Bundeswehr gehört die Saarlandbrigade zu den Krisenreaktionskräften und übt regelmäßig im türkischen Teil Kurdistans; zuletzt im September 1994 bei der kurdischen Stadt Gaziantep. Oberst **Hans Heinrich Dieter**, Kommandeur der Saarlandbrigade, war bereits im Juli'95 zum „nationalen deutschen Befehlshaber in Kroatien ernannt worden“ (vgl. auch DER RECHTE RAND, Nr. 36, Sept./Oktober 1995). Sie ist zentraler Bestandteil der neuen deutschen Außenpolitik, wonach der Zugriff zu strategischen Rohstoffen mit militärischen Mitteln betrieben wird. In ihren aktuellen Werbeschriften verherrlicht sie nationalsozialistischen Eroberungsfeldzüge.

Nachtrag: Schwarz-grüne Bescherung

Wegen der Beteiligung an der Demonstration gegen das Gelöbnis der Saarlandbrigade bekam die AKTION 3.WELT Saar am 18.12.1995 25.000 DM an institutioneller Förderung im Landkreis Merzig-Wadern gestrichen - mit den Stimmen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Diesen Betrag erhielt die 3.Welt Organisation seit 1993 für ihre breit gefächerte Arbeit (u.a. Flüchtlingsberatung, Bücherei, Veranstaltungen, Zusammenarbeit mit Schulen, Jugendzentren ...) Die Streichung ging zwar nicht aktiv von den Grünen aus, andererseits wollten sie die koalitionsähnliche Zusammenarbeit mit der CDU nicht in Frage stellen. Die saarländische CDU wirft der AKTION 3.WELT Saar außerdem seit Jahren Unterstützung der PKK vor. Zur Zeit startet die ADW Saar eine Kampagne zur Werbung von UnterstützerInnen. Ziel ist es, die fehlende Summe durch Eigenfinanzierung zu erreichen. Wen es interessiert: ADW Saar, Weiskirchener Str. 24, 66674 Losheim, Tel.: 06872/6982 Fax -7826

Die faschistoiden Tendenzen der Esoterik

In den letzten Jahren hat das Verhältnis zwischen Esoterik und Faschismus eine größere Beachtung gefunden. Reflektiert wurde und wird zum einen die Bedeutung der völkischen Mythologie für den Faschismus als ideologisches Konglomerat sowie als Herrschaftsform; und zum anderen wird die Relevanz der völkischen Mythologie für die sich neu gebenden Rechten hinterfragt.

Doch nicht jede Reflexion und nicht jede Beachtung hat der Auseinandersetzung mit der Thematik gutgetan, und nicht jede Publikation hat neue Erkenntnisse für einen kritischen Diskurs hervorgebracht. Ein positives Gegenbeispiel ist die jüngste Publikation von Friedrich Paul Heller und Anton Maegerle. In ihrem Buch „Thule - Vom völkischen Okkultismus bis zur Neuen Rechten“ skizzieren sie den völkischen Okkultismus ab der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis in die Gegenwart. Im Vorwort grenzen die Autoren die Thematik ein indem sie formulieren, daß „dieses Buch von den wesentlichen Fraktionen der sog. deutschen „Neuen Rechten und von ihrer Vorgeschichte, der völkischen Ideologie“ handelt, die „bevorzugt an der Thule-Mythologie anknüpfen“ (S. 7).

Das Buch ist in drei Abschnitte eingeteilt, die jeweils in kleine Kapitel untergliedert sind. Die völkische Mythologie bis 1933 steht im Mittelpunkt des ersten Abschnittes. Zu Beginn setzen sich di Autoren mit der Bedeutung und Funktion von Symbolen als magische Zeichen bei der deutschen Rechten auseinander. Jeder Abschnitt wird durch eine Betrachtung der Symbolik als Zeichen der Macht und als Instrument der Wiederbelebung der Mythologie eingeleitet. Heller und Maegerle stellen zum einen fest, daß Symbole zur Legitimation der Vernichtung dienten, und zum anderen, daß sich hinter den Symbolen sich die Rechte - trotz aller ideologischer und taktischer Differenz -zusammenfindet.

Im ersten Abschnitt gehen sie nach der einleitenden Betrachtung der Symbole auf die Situation in Österreich ab Mitte des 18. Jahrhunderts ein. Insbesondere Wien, wo sich völkisches Denken und Antisemitismus konzentrierten und politisierten, wird betrachtet. Als Reflex, aber auch als Initiatoren dieses „Zeitgeistes“ treten **Guido von List** und **Jörg Lanz von Liebesfels** in Erscheinung. Den Urvätern des völkischen Okkultismus, der Ariosophie im besonderen und der rechtsextremen Esoterik im allgemeinen, als auch den ihnen nahestehenden Kreisen und Zirkeln sind die weiteren Kapitel gewidmet. Der Weg vom

völkischen Denken zum Nationalsozialismus wird so anhand von Organisationen und Strukturen wie auch einzelnen Personen nachgezeichnet. Unter anderem finden der "Germanen-Orden", die "Thule-Gesellschaft / -Kampfbund", die "Deutsche-Sozialistische Partei", die "Deutsche Arbeiterpartei" Erwähnung, ferner werden **Rudolf Freiherr von Sebottendorf**, **Rudolf Heß**, **Karl Haushofer**, **Dietrich Eckart** und **Alfred Rosenberg** neben anderen dargestellt. Die Frage, inwieweit Hitler von diesen Kreisen und Personen beeinflußt war, zieht sich wie ein roter Faden durch den Abschnitt. Den Abschluß dieses Abschnittes leitet eine kurze Skizzierung der Konservativen Revolution, die Analogie zwischen Konservativer Revolution und der „Neuen Rechten" und die Rezeption durch die „Neue Rechte" ein. Die Wirkung der Thule-Mythologie in dieser Epoche bildet den Abschluß.

Kurzgehalten ist die Auseinandersetzung mit der völkischen Mythologie von 1933 bis 1945 im zweiten Abschnitt. Das Ahnenerbe der SS und die SS-Ordensburg Wewelsburg bei Paderborn stehen im Zentrum der Betrachtung.

Den größten und letzten Abschnitt des Buches bildet die Darstellung der völkischen Mythologie nach 1945. Die Reparatur eines zusammengebrochenen Weltbilds, die SS und die Europakonzeption der Neuen Rechten, der Neo-Nationalsozialismus werden knapp umrissen. Ausführlicher beschreiben Heller und Maegerle die SS im Untergrund. Daraufhin wird unter der Zwischenüberschrift „Thule im Lateinamerika" der Faschismus und Nationalsozialismus in Lateinamerika bis 1945 und danach beschrieben. Die beiden Autoren gehen dann auf **Wilhelm Landig**'s Thule-Triologie, sowie auf die Schriften des Theoretikers der "Nouvelle Droite" **Jaques de Mahieu** ein und beachten **Miguel Serrano** und den esoterischen Hitlerismus. Der esoterische Nationalsozialist **Juan Mahler**, dessen wirklicher Name **Kopps** ist, bezeichnen sie als Einzelkämpfer, der beim Publikum nicht mehr ankommt. Was die Thule-Mythologie mit der lateinamerikanischen Wirklichkeit zu tun hat, zeigen die Autoren anhand von einzelnen Beispielen. Erwähnt wird die deutsche Siedlung "Colonia Dignidad" in Südchile und deren Verflechtungen mit der chilenischen Geheimpolizei DINA, welche nach dem Militärputsch 1973 die Siedlung als Folterlager nutzen durfte. Desweiteren werden die Beziehungen zur Militärdiktatur in Bolivien aufgezeigt.

Im nächsten Unterkapitel, überschrieben mit „Thule in Europa", stellen Heller und Maegerle das "Thule-Seminar", Organisation und Theorie und die Verflechtungen mit dem "Grabert-Verlag" dar. Im selben Abschnitt werden einzelne Aspekte der „Neuen Rechten" angedeutet, aktuelle Entwicklungen aufgezeigt und eine Bilanz gezogen. Nutzen und Grenzen der neuen Medien, Mailboxen, Computernetzwerke, das Thule Netz und Videos für die „Neue Rechte" hinterfragen die Autoren im Anschluß.

Zum Schluß vertiefen Heller und Maegerle einzelne Aspekte. Exemplarisch betrachten die Autoren den „Speer des Schicksals", an welchem sie darlegen, wie die nationalsozialistische Esoterik eine magische Kraft einem symbolischen Gegenstand zusprechen. Desweiteren erwähnen sie die Gründung eines Thule-Ordens und gehen auf die "Tempelhofgesellschaft" ein, die sich in der Tradition der "Tempelritter" sieht.

In ihre Resümee betonen Heller und Maegerle, daß die „Neue Rechte" ihr Potential entfalten kann, „solange sie den Schein wahrt, sie sei eine historisch unbelastete, wirkliche neue Rechte, die über den Parteien und ihrer Redeweisen steht und die Belastung der Modernen in neue symbolische Bilder auflöst". Ihr Fazit: „Es sei Aufgabe der politischen Aufklärung, diesen Schein zu entlarven. Esoterik und Neue Rechte schaffen keine neuen Bilder, sie selbst sind Abbilder der trüben



Vorgeschichte des Nationalsozialismus. Was sie anbieten ist Abklatsch" (S. 163).

Dank der Eingrenzung der Thematik auf den „gemeinsamen Nenner Thule" (S. 7) erhält das Buch, ohne zu verkürzen und zu vereinfachen, eine Stringenz, die hilfreich ist, den Überblick über die einzelnen notwendigen Exkurse zu bewahren. Heller und Maegerle stellen bündig sowohl die differenzierten Facetten des völkischen Okkultismus, als auch die Vernetzungen und Verflechtungen in diesem Spektrum dar, ohne dabei in Verschwörungstheorien abzugleiten. Durch die breite Verwendung von Primärliteratur als auch fremdsprachiger Literatur, sowie den Rückgriff auf verschiedene Archive werden neue Aspekte hervorgebracht und alte Fakten vertieft. Aufgelockert ist das 193 Seiten starke Buch durch zahlreiche Abbildungen.

Bereits in zweiter Auflage liegt René Freunds „Braune Magie ? Okkultimus, New Age und Nationalsozialismus" vor. Das Buch sollte nicht im direkten Vergleich zu Heller und Maegerle betrachtet werden, zu unterschiedlich ist die Gewichtung. „René Freund versucht, die tatsächlichen Einflüsse sogenannter okkulter Gesellschaften und ihrer Ideen auf den Nationalsozialismus zu untersuchen (und) darüber hinaus beschreibt er die Herkunft und die Rolle esoterischen Gedankengutes in einer entzauberten Welt", lautet es im Verlagsprogramm von Picus. Ein weites Feld. René Freunds Untersuchung besticht auf dem ersten Blick durch ihre tiefe Faktenund Detailkenntnis. Verstärkt wird dieser erste Eindruck durch die breite Verwendung von Primärliteratur und der allgemeinen philosophischen Auseinandersetzung. So überrascht nicht, daß sowohl in der Presse als auch in der antifaschistischen Literatur das Buch eine positive Resonanz erfahren hat. Doch nach einem zweiten Blick sollten kritische Fragen auftauchen.

Die Untersuchung ist in drei Abschnitte unterteilt. Im ersten Abschnitt beleuchtet Freund „Mächte, die begraben schienen". Im allgemeinen werden Theosophie, die Anthroposophie, die Ariosophie und im besonderen **Madame Blavatsky**, **Rudolf Steiner**, Guido von List, **Theodor Frischt**, Alfred Rosenberg, **Aleister Crowley** neben anderen unter der formulierten Intention beleuchtet. Die erste Frage, die sich jedoch stellt, ist, weshalb die Wurzelrassentheorie von Madame Blavatsky fast im Dunkeln bleibt. René Freund stellt fest, daß in der Geheimlehre von Madame Blavatsky „die Unterteilung der Menschen in verschiedene Rassen ungleicher Herkunft und ungleichen Wertes unternommen wird. Blavatsky begnügt sich aber mit ihren rassistischen Behauptungen, im Unterschied etwa zu den Vernichtungsphantasien eines Lanz von Liebenfels (..)" (S. 18f.). Ausnahmeweise davon abgesehen, daß alleine diese Hierarchisierung und Zuschreibung Element der Konstruktion von Rassismus ist und sehr wohl für präfaschistische „Philosophien" kompatibel war und ist, schwelgt Madame Blavatsky ebenso in Vernichtungsphantasien. In der zitierten Geheimlehre, ein Standardwerk der Theosophie und des abendländischen Okkultismus, steht desweiteren: „Ein Dezimierungsvorgang findet über die ganze Erde statt unter jenen Rassen, deren Zeit um ist (...) Es ist ungenau, zu behaupten, daß das Aussterben einer niederen Rasse ausnahmslos eine Folge der von Kolonialisten verübten Grausamkeit oder Mißhandlung ist (...) Rothäute, Eskimos, Papuas, Australier, Polynesier u.s.w. sterben alle aus (...) Die Flutwelle der inkarnierten Egos ist über sie hinweggerollt, um in entwickelteren und weniger greisenhaften Stämmen Erfahrungen zu ernten; und ihr Verlöschen ist daher eine karmische Notwendigkeit" (Die Geheimlehre, Bd. II, S. 824f.). Daß dies nicht nur hohle Worte waren, arbeitete Heinrich Eppe in seinem Beitrag „Blut und Sterne" in „Die esoterische Verführung", herausgegeben von Gerhard Kern und Lee Traynor, heraus. Er zeigt auf, daß Theosophen und die Wiener Theosophischen Gesellschaft in ariosophischen Zirkeln involviert waren, und daß ein „bedeutsamer Teil der theosophischen-astrologischen Zeitschriften zwischen 1912 und 1920 von ausgewiesenen völkischen Rassisten geleitet wurde, die direkte Vorkämpfer des Nationalsozialismus waren" (ebd. S. 128).

Es überrascht in diesem Kontext dann auch nicht, daß Freund zum Verhältnis Anthroposophie und Nationalsozialismus kurz feststellt, „daß die Nationalsozialisten die Steinerianer bekämpften" (S. 22). Dies stimmt, aber eben nur zum Teil. Die NS-Geschichte von Weleda, sowie.der Waldorfschulen zeigt ein differenziertes Bild. Freunds vorangestellte Feststellung: „Für 'Wurzelrassen-Apartheid' war er (Steiner) nicht zu haben" verein-

Fortsetzung auf Seite 24

Fortsetzung von Seite 23

facht die Geschichte. Die anthroposopischen Flensburger Hefte haben sich in mehreren Nummern mit der NS-Geschichte der Anthroposophie auseinandergesetzt und kommen nicht zu so einem beruhigenden Resümee ihrer NS-Vergangenheit. Die Redaktion greift auch den unter anderem von antifaschtischer Seite aus formulierten Vorwurf des esoterischen Rassismus auf, und stellt fest, daß Rudolf Steineres Wurzelrassenlehre basierend auf Madame Blavatsky, sich in diesen Bahnen bewegt bzw. in solche Bahnen münden kann. Gänzlich unbeachtet läßt Freund desweiteren auch den rassistischen Diskurs in anthroposophischen Blättern der Weimarer Zeit. Unerwähnt bleibt ebenso das Engagement einzelner Anthroposophen in der Vernichtungsmaschinerie, erinnert sei an Dr. **Siegmund Rascher**, KZ-Arzt in Dachau. Nur zwischen den Zeilen findet die aktuelle Debatte zum esoterischen Rassismus Beachtung.

Im Mittelpunkt des zweiten Abschnittes stehen die „braunen Magiere". Vorangestellt ist unter der Zwischenüberschrift „Rituale und Symbole" eine Auseinandersetzung mit deren Funktion und Bedeutung. Insbesondere Rosenbergs Intention wird aufgezeigt. Ausführlich wird der „schwarze Orden", die SS, ihr Ahnenerbe und einzelne Expeditionen beachtet, sowie „schillernde Persönlichkeiten", unter anderem **Hermann Wirth, Heinrich Himmler** und **Ernst Schäfer**.

Im letzten Abschnitt des Buches beschreibt Freund unter der Zwischenüberschriften „Hitler lebt!" und „Die Ufos kommen" den esotersichen Hitlerismus. In den weiteren kleinen Unterkapiteln geht er auf aktuelle Entwicklungen zwischen Esoterik, New Age und Neofaschismus und sog. „Neuer Rechte" ein und greift zugleich auf die Historie zurück. Allgemeine Verflechtungen und grundsätzliche ideologische Parallelen werden so sichtbar.

Doch bereits bei der Einleitung zum letztem Abschnitt eröffnet sich eine weitere Frage, die Freund selbst stellt: „Die Frage, ob der Nationalsozialismus auch ein Faschismus war, wird an dieser Stelle nicht behandelt. Manche Forscher vertreten die Theorie einer größeren ideologischen Nähe zum Stalinismus als zum Faschismus traditioneller Ausprägung" (S. 109). Im Raum bleibt stehen, weshalb Freund dies thematisierte, wenn er sogleich formuliert, nicht weiter darauf einzugehen. Vielleicht wäre eine Vertiefung von Nöten, um Mißverständnisse auszuräumen. Und vielleicht wäre es hilfreich zu schauen, welche Forscher dies formulieren.

Eine gänzlich andere Frage stellt sich in diesem Abschnitt zur Einschätzung des Neoheidentums. René Freund resümiert, daß „tatsächlich (...) okkulte und heidnische Traditionen durch den Nationalsozialismus letztendlich bleibenden Schaden erlitten, weil sie als Herrschaftsinstrument benutzt wurden" (S. 143), und mit Verweis auf Roman Schweidlenka betont er das pauschale Unrecht, das im Verbot neuheidnischer Kulte durch die Besatzungsmächte lag. (vgl. S. 143). Eine differenzierte Betrachtung ist wahrlich von Nöten. Gerade in Hinblick auf die aktuellen Entwicklungen des Neoheidentums. Doch ausgerechnet bei dieser Betrachtung greift Freund auf die Einschätzung von **Geza von Neményi** zurück. Seit Jahren bewegt sich Geza von Neményi zwischen Neoheidentum und Neofaschismus und gibt sich alle Mühe, jegliche Affinitäten und Kontakte zu relativeren bzw. ganz zu negieren. Sein Engagement und seine Intention ist seit Anfang den 90er Jahren bekannt. Unter anderem zeigte Stefanie von Schnurbei, wie auch der „Rechte Rand" dies auf.

Die Frage, die über dem letzten Abschnitt steht, „Wiederholt sich die Geschichte?" beantwortet Freund in seinem Fazit. „Nichts spricht gegen eine neuerliche Explosion des verdrängten Irrationalismus. Denn die 'lebenswichtigen Geister des Unbewußten' sind nach wie vor 'aus dem Haus der Modernen verbannt' - sie können in Krisenzeiten zurückkehren, und zwar 'durch die Hintertür, unerkennbar entstellt mit pathologischer Zerstörungswut' (Walter Oswalt)(...) Dies kann jederzeit wieder passieren. (..) Die Geschichte wiederholt sich nicht, doch sie kehrt vielleicht in anderen Formen wieder" (S.158).

Das Buch basiert auf Freunds Dissertation zu der Thematik. Trotz den aufgetretenen Fragen birgt René Freunds Untersuchung sehr interessante Aspekte und besticht, wie anfänglich erwähnt, durch die Detail- und Faktenkenntnis, sowie durch die philosophischen Exkurse. Seinem selbstformulierten Anspruch wird er jedoch nicht immer gerecht. Seine Analyse um die Einflüsse okkulter Gesellschaften und ihrer Ideen auf den Nationalsozialismus bleibt an wenigen Punkten hinter dem momentanen Erkenntnisstand. Doch zugleich werden neue Momente angeführt. Diese Ambivalenz kommt auch bei der Analyse und Reflexion der aktuellen Situation zum Tragen. Die Dimension der immanenten Möglichkeit der Rechtenentwicklung der esoterischen, okkulten und neoheidnischen Zirkel(n), sowie die immanente Kompatibilität dieser Ideen und Visionen für neofaschistische und „neurechte" Konzepte wird in ihrer Gänze nicht erfaßt.

René Freund erkennt die Gefahr, aber sie muß nicht, so wie er analysiert, explosionsartig und durch die Hintertür auftreten.

Andreas Speit

Friedrich Paul Heller, Anton Maegerle: Thule - Vom völkischen Okkultismus bis zur Neuen Rechten
Schmetterling Verlag, 193 S., 24.80 DM

René Freund:
Braune Magie? Okkultismus, New Age und Nationalsozialismus
Picus Verlag, 176 S., 34.- DM